Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17. | **Mittwoch, den 21. Januar 1903.** | **10. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Der Nemesis erster Akt!

Wp. Wie der Dieb in der Nacht, in scheuer Hast mit jeder Minute geizend, so arbeitete die Zollmehrheit. Und fragt man, weshalb diese Eile, so hieß es: man müsse den Zolltarif verabschieden, um schleunigst Handelsverträge abschließen zu können. Der Schwindel war klar, es war nur ein Spiel mit dem Wort „Handelsvertrag“. Nicht jeder Handelsvertrag ist nützlich, sondern nur ein solcher, der die Produktion fördert. Aber gerade für den Abschluß solcher Verträge ist der Hochschutzzoll das größte Hinderniß. Der Schutzzoll ist ein doppeltes Uebel: erstens, weil er das inländische Volk ausbeutet, zweitens, weil er das Ausland veranlaßt, sogar zwingt, seinerseits Zölle aufzurichten, wodurch dann die deutsche Ausfuhr und die Entwickelung der deutschen Industrie gehemmt wird. Verträge werden geschlossen werden — so erklärten wir schon damals — aber es wird ein Ausgleich der Nachtheile sein, ein Ausgleich gegenseitiger Uebervortheilungen. Verträge nach dem Prinzip: „Schlägst du meinen Juden, so schlage ich deinen Juden!“ Verträge, bei denen der Fiskus reich wird durch die Armuth des Volkes.

Und schon haben wir die offizielle Bestätigung dafür, daß wir Recht halten. Sie kommt aus Oesterreich. Der Telegraph berichtete bereits, daß der neue österreichische Zolltarif starke Zollerhöhungen enthalten wird. Hören wir den österreichischen Ministerpräsidenten: „Nicht direkt durch das Zoll- und Handelsbündniß (mit Ungarn), aber um so dringender durch die Gestaltung der Zolltarifpolitik der anderen Staaten . . . war die Erstellung eines neuen autonomen Zolltarifes, und zwar nach den gleichen, unserer Produktion angepaßten Grundsätzen, wie die anderen Staaten sie angenommen haben, geboten.“ . . . .

Und so legt denn die österreichische Regierung einen Tarif vor, der vor allem nicht minder „spezifizirt“ ist, als der neue deutsche. Die deutschen Bureaukraten haben sich wunder was darauf zu gute gethan, daß sie die feinsten Preisunterschiede der Waaren mit dem Zoll erfassen — jetzt wendet Oesterreich dasselbe System gegen Deutschland an. „Schlägst du meinen Juden, schlage ich deinen Juden!“ Was das zu bedeuten hat, wenn für Eisenwaaren 193 Zollpositionen geschaffen werden, für Baumwollgarne allein 25, für Wollgarne gar 47, — das weiß jeder Fabrikant und jeder Arbeiter. Der Zoll ist so hoch, daß man billigere Waare kaum mehr liefern kann, — legt man aber mehr Sorgfalt auf die Qualität, so muß man einen höheren Zoll zahlen! Jeder Fortschritt der Technik, jede Verbesserung wird mit einem Zoll belegt. Herr von Körber, der österreichische Ministerpräsident, meinte: „Diese sorgfältige Abstufung gestattet einerseits die genaue Uebereinstimmung des Zollsatzes mit dem Handelswerthe des Produkts und anderseits den sicheren Schutz des heimischen Erzeugnisses, wobei auch jenen Veränderungen besser Rechnung getragen werden konnte, die durch den Fortschritt der Wissenschaft und Technik bedingt sind.“ Die österreichische Regierung glaubt also, durch Zollerhöhungen den „Fortschritt der Wissenschaft und Technik an der österreichischen Grenze zurückhalten, für Oesterreich entbehrlich machen zu können, — inwiefern sie damit im eigenen Lande Erfolg hat, wird sich zeigen, daß sie dadurch die deutsche Exportindustrie schädigt, liegt auf der Hand.

Zahlen über die Erhöhung der österreichischen Industriezölle liegen noch nicht vor. (Dieselben sind inzwischen theilweis bekannt geworden; wir theilen dieselben an anderer Stelle mit. Red. des L. V.) Aber man erhält schon eine Vorstellung von dem, was kommt, aus folgender Uebersicht, die der Ministerpräsident gab: „Die Baumwollspinnerei erhält eine neue Staffel für feine Garne, die Kammgarnspinnerei erhöhten Schutz für melirte Garne, die Weberei entsprechend abgestufte und vielfach erhöhte Sätze bei den meisten Baumwollgeweben, bei den mittelfeinen Wollwaaren, bei Leinenbattisten, faconirten Seidenstoffen und Bändern; die Papierindustrie bei einzelnen Papiersorten und insbesondere bei der Papierkonfektion; die Kautschukindustrie bei Galoschen, Weich- und Hartgummiartikeln; die Holzindustrie bei Möbeln, Drechsler und Knopfwaaren; die Eisenindustrie bei Eisenkonstruktionen, Draht- und Blechwaaren, Werkzeugen, Schlössern, Messerschmiede- und sonstigen Kleineisenartikeln; die Maschinenindustrie bei Dampf-, Textil- und einigen landwirthschaftlichen Maschinen, bei Dynamos und Elektromotoren; die Metallindustrie bei gegossenen und geschmiedeten Artikeln, bei leonischen Waaren und Goldarbeiten, die chemische Industrie für gewisse Gruppen einen Werthzoll ꝛc.“ Das sind alles Industrien, bei denen Deutschland das größte Exportinteresse hat. Der Werth der deutschen Waaren, die unter diesen Titeln nach Oesterreich ausgeführt werden, beziffert sich jährlich auf Hunderte von Millionen!

Aber nicht nur die Industrie wird getroffen. Die österreichische Regierung hebt extra hervor: „Die bezüglichen Sätze des Zolltarifs beziehen sich . . . . nicht nur auf die eigentliche Großindustrie, sondern — und zwar mit besonderer Sorgfalt — auch auf die mannigfachen Erzeugnisse des Gewerbefleißis der klein- und hausindustriellen Thätigkeit. Sie erstrecken sich insbesondre auf die Stickerei, die Wirkerei und Strickerei, die Gewerbe der Seiler, Hutmacher, Tischler, Drechsler, Töpfer, Schmiede, Spengler, Schlosser, Gürtler, Messer- und Scheerenschmiede, Feinmechaniker, Gold- und Silberarbeiter ꝛc.“ Das haben die deutschen Handwerker davon, daß sie sich von politischen Abenteurern und Narren am Gängelbande führen lassen! Das der Lohn für den nationalen Chauvinismus des „Mittelstands“, der um Deutschland eine chinesische Mauer errichten möchte! Was können die Schutzzöllner den Oesterreichern vorwerfen? „Wie du mir, so ich dir?“

Wie 1892 wird auch diesmal der Handelsvertrag mit Oesterreich maßgebend sein für die übrigen Handelsverträge. Oesterreich macht erst den Anfang, die anderen Staaten kommen nach. Und sie werden sicher nicht minder entschieden vorgehen. Deutschland wird für seine eigenen und für Oesterreichs Sünden zu büßen haben. Oesterreich erhöht seine Agrarzölle. Die Skribifaxe der bürgerlichen Tagespresse erklären: das gehe Deutschland nichts an. Aber wenn Rußland und Amerika sich nicht nur vom deutschen, sondern zugleich vom österreichischen Getreidemarkt abgeschnitten sehen, so werden sie doch um so eher Zollkompensationen ergreifen. Der Weltmarkt kennt keinen isolirten Staat: die deutschen Agrarzölle führen zu einem allgemeinen Zollkampf zwischen den Industriestaaten und den Agrarstaaten der Welt.

Begreift man jetzt, warum die Zollmehrheit solche Eile hatte? Es war wirklich keine Zeit zu verlieren: war schon die durch die Zolltarifvorlage geschaffene Erbitterung groß, wie mußte sie erst steigen, nachdem die handelspolitischen Folgen des Hochschutzzolls bekannt geworden waren? Wird der Arbeiter noch zu bändigen sein, dem man das Brod vertheuert und die Arbeitsgelegenheit raubt?! Darum hieß es so schnell, wie irgend möglich, eine „fertige Thatsache“ zu schaffen.

Aber noch fühlt sich die Bande ihres Raubes nicht sicher. Wie eine Bestie, die über ihre Beute herfällt, knurrend und die Zähne fleischend sich umschaut, also ist die Reichstagsmehrheit auf der Hut gegen das Volk und droht, ihm durch Gesetze neue Wunden zu schlagen. So ernst die Drohung mit der Aenderung des Wahlrechts und den sonstigen Entrechtungen auch ist, so ist sie doch zugleich ein Schreckmittel: man will die Opposition einschüchtern, man will ihre Energie lähmen, indem man ihr bange macht um das Viele, das auf dem Spiele steht. „Laßt ab vom Zolltarif, sonst geht's um den Parlamentarismus, um das Wahlrecht, um die politische Freiheit!“. Wie, hat das deutsche Volk nicht um seine Freiheit gekämpft und geblutet? Ist ihm die Freiheit ein Gnadengeschenk, das ein launenhafter Wille ihm geben und nehmen kann? Sind in Deutschland Zustände möglich, die selbst in Rußland unhaltbar geworden sind?!

Trotzen wir der Bestie! Und wenn sie noch so fürchterlich schnaubt, die Augen rollt und blutigen Geifer speit, — setzen wir ihr zu, daß sie in ihrer Wuth ersticke!

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 19. Januar 1903.

241. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Frhr. v. Thielmann, von Goßler, v. Tirpitz, Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats für 1903.

Es ergreift zunächst das Wort

Staatssekretär des Reichsschatzamts Frhr. v. Thielmann: Der vorliegende Etat erfordert eine Anleihe von 220 Millionen Mark, wovon 95 Millionen als Zuschußanleihe zur Deckung der Ausgaben des ordentlichen Etats verwendet werden sollen. Ein Theil des diesmaligen Mehrbedarfs erklärt sich aus dem Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1901, der die bisher unbekannte Höhe von 48 Millionen Mark erreicht. Die Ueberwälzung des Defizits früherer Jahre auf das folgende Jahr läßt den diesmaligen Etat noch schlechter erscheinen, als er in Wirklichkeit ist. — Das Jahr 1900 war nach einer längeren Reihe günstiger Jahre das erste, das mit einem Fehlbetrag abschloß, allerdings mit einem verhältnißmäßig geringen Fehlbetrag. Im Jahre 1901 erreichte dieser Fehlbetrag — nicht zum mindesten durch die wirthschaftliche Depression — die Höhe von 48½ Millionen Mark, wovon nahezu 2 Drittel, nämlich 30 Millionen, auf den Ausfall an den Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung kommen. Zu diesem großen Fehlbetrag von 48½ Millionen Mark tritt aber noch, was für die Bundesstaaten sehr schmerzlich ist, ein Ausfall an Ueberweisungssteuern von etwas über 15 Mill. Ich glaube, daß diese Thatsachen den schlagendsten Beweis für die oft betonte Nothwendigkeit der Finanzreform liefern. Bewilligt aber das Haus in den nächsten Jahren angesichts des eben angenommenen Zolltarifs keine neuen Steuern, so werden wir uns mindestens bis 1904 mit den alten Verhältnissen abfinden müssen. Auch das Jahr 1902 wird voraussichtlich mit einem recht hohen Defizit abschließen. Wir haben unvorhergesehene Einnahmeausfälle und auf der andern Seite zahlreiche Ausgabe-Ueberschreitungen. Nach den bisherigen Ergebnissen haben wir bei der Zuckersteuer 15½ Millionen, bei der Post- und Telegraphenverwaltung etwa 3½ Millionen Mindererträge zu erwarten u. s. w. Im ganzen kommen für das laufende Jahr Mindereinnahmen von etwa 26 Millionen Mark in Frage. Dabei ist ein Hauptposten, der Antheil des Reiches bei dem Abschluß der Reichsbank, noch gar nicht berücksichtigt, er läßt sich auch noch nicht abschätzen. Mehreinnahmen liefert die Salzsteuer — einige hunderttausende Mark — die Maischbottichsteuer etwa 1½ Millionen, die Schaumweinsteuer ca. 2¾ Millionen u. s. w. Bei der Brennsteuer wird der Nettoüberschuß von ca. 3½ Millionen den Ausfall des vorigen Jahres ungefähr decken. Im ganzen bleibt, abgesehen von dem Ausfall bei der Reichsbank, eine Mindereinnahme von rund 17 Millionen. Auf der anderen Seite haben wir eine Anzahl Mehrausgaben. Die Verwaltung des Reichsheers und des bayerischen Kontingents wird rund 6¾ Millionen Mark an Mehrbedarf beanspruchen, wovon 3 Millionen auf die Naturalverpflegung in Folge der erhöhten Fleischpreise (Hört! Hört! b. d. Sozialdemokraten) fallen. Die Uebernahme der aus Ostasien zurückgeführten Geräthe, Baracken, Pferde usw. erfordert 1 Million Mark. Eine starke Anspannung des Schatzverwaltungskredits war nicht zu umgehen. Diese Anspannnng wurde noch gesteigert durch die hohen Zuschüsse, die wir für die sozialpolitische Gesetzgebung haben leisten müssen. Gegenwärtig betragen diese Vorschüsse nicht weniger als 130 Millionen Mark. Bei dem wohl auf längere Zeit hinaus ungünstigen Stand der Reichskasse muß diese Summe in der Form von Staatsanweisungen ihre Deckung finden. Die Marineverwaltung wird in diesem Jahre, abgesehen von der venezolanischen Blokade, eine Ueberschreitung des Gesammtfonds nicht aufweisen. Ueber Venezuela sah sich die deutsche Regierung infolge der unfreundlichen Haltung der dortigen Regierung gegenüber wohlbegründeten deutschen Ansprüchen genöthigt, im Verein mit England und Italien eine Blokade zu verhängen. Von einer Nachtragsforderung zur Deckung der selbstredend möglichst niedrig gehaltenen Blokadekosten ist Abstand genommen worden. Ob bei einer längeren Fortdauer der Blokade größere Kosten entstehen werden, läßt sich zur Zeit nicht voraussagen. Verhandlungen aller Art sind im Gange; die betheiligten Regierungen wissen aber nicht, wieviel Wochen, Monate (Hört, hört! links) die Blokade wird aufrecht erhalten werden müssen. Möglicherweise handelt es sich nur noch um ein paar Tage. Zu den Mindereinnahmen von 17 Millionen treten somit Mehrausgaben von nicht viel über 9 Millionen, sodaß das laufende Jahr 1902 mit einem Fehlbetrag von rund 25½ Millionen Mark abschließen wird. Inklusive des, wie gesagt, noch nicht abschätzbaren Reichsbankausfalls möchte ich das Gesammtdefizit auf insgesammt 30 Millionen Mark stellen. Die veranschlagten Ueberweisungen der Bundesstaaten dagegen möchten im Jahre 1902 in der veranschlagten Höhe eingehen. Ich komme nun zum Etat von 1903. Zwischen einer Etatsrede im Reichstage und einer solchen im Abgeordnetenhause bestehen wesentliche Unterschiede. Die letztere ist ein reines Finanzexposee; die erstere dagegen liefert den Abgeordneten zu den bereits vorhandenen noch ein paar neue Motive zur Kritik. (Heiterkeit.) Dadurch wird dem Staatssekretär seine Aufgabe nicht gerade erleichtert. Die bereits erwähnte Zuschußanleihe von 95 Millionen Mark fällt zur Hälfte auf das 48 Millionen-Defizit des Jahres 1901, zur anderen Hälfte auf die gesteigerten Einnahmen und verminderten Ausgaben bei vielen Ressorts. Die einzelnen Ressorts haben, wie ich ausdrücklich hervorheben muß, der Anregung der Finanzverwaltung folgend, die möglichste Sparsamkeit walten lassen. Eine weitere Reduktion der Etatspositionen wird sich kaum ermöglichen lassen. An ungedeckten Matrikularbeiträgen der Bundesstaaten verbleiben für 1902 23¼ Millionen, die das Aeußerste darstellen, was die Bundesstaaten leisten können. Eine Reihe Bundesstaaten sind durch ihre ungünstige Finanzlage selbst zu Anleihen gezwungen worden. Sie müssen zugeben, daß das ein ungesunder Zustand ist. Der Schatzsekretär geht stets auf die Etats der einzelnen Ressorts ein. Er spricht mit leiser Stimme; ein großer Theil seiner Ausführungen bleibt auf der Tribüne unverständlich. Die Bemerkung, daß Wertheim durch seine Neubauten das alte Reichsmarineamt umgerissen habe, erregt in dem sonst ziemlich unaufmerksamen Hause einige Heiterkeit. Redner schließt mit einem erneuten Hinweis auf die Nothwendigkeit einer Finanzreform.

Dr. Schädler (Z.): Der Herr Staatssekretär hat Recht: er hat uns nichts Neues geboten. Dadurch, daß er auch für das folgende Jahr Ausfälle signalisirt hat, hat er uns das Defizit nicht schmackhafter gemacht. Der einzige Trost ist, daß etwas weniger Schulden gemacht worden sind. (Abg. Singer: Ein sehr bescheidener Trost!) Trotz aller neuen Steuern bleiben Mehreinnahmen und Mindereinnahmen die Signatur unserer Finanzen. Merkwürdig nur, daß uns gerade dieser Staatssekretär mit so trübseligen Ausführungen kam, er, der nach seiner eigenen Behauptung vor einigen Jahren in Geld geschwommen hat. Neben großen Mindereinnahmen in den Verkehrsanstalten sind willkürliche Ueberschreitungen des Etats die Hauptursache des Defizits. Für 1902 sind an Etatsüberschreitungen nicht weniger als 19 Millionen zu verzeichnen. (Hört, hört! im Zentrum). Angesichts solcher Thatsachen möchte

man sich die Frage vorlegen, wozu denn überhaupt ein Etat aufgestellt und bewilligt wird, wenn jeder darauf loswirthschaftet, wie es ihm paßt. (Sehr gut!) Die Post- und Telegraphenverwaltung hat sich trotz der Mindereinnahmen eine Etatsüberschreitung von 10 Millionen geleistet, das Auswärtige Amt eine solche von einer Million, darunter 600 000 Mk., d. h. hundert Prozent des Etatsansatzes für Telegramme. (Hört, hört! im Zentrum und links). Manche Telegramme mögen ja mit der Weltpolitik zusammenhängen; was für „wichtige" Dinge aber als Staatsdepeschen gelten und telegraphirt werden, davon giebt die „Zukunft" ein hübsches Beispiel. Ein Gesandter telegraphirt in einem langen Satze den Dank für die Orden, die er und seine Beamten bekommen haben; als ob er das nicht ebensogut brieflich hätte thun können! (Sehr gut! links). Nach der „Zukunft" hat das genannte Telegramm 500 Mark gekostet. (Hört, hört! links). Bei unseren Etatsverhältnissen heißt es auch in Kleinigkeiten sparen. (Sehr richtig! im Zentr.) Bei der Heeresverwaltung stoßen wir auf eine Etatsüberschreitung von 4 Mill. Mark. Aehnlich steht es bei der Marine-Verwaltung, die ja gewohnt ist, aus dem Vollen zu schöpfen, das bringt ja ihr Beruf so mit sich. (Heiterkeit). Der Voranschlag scheint für die Marineverwaltung ein Programm und weiter nichts zu sein. Gegen die beständigen Etatsüberschreitungen muß ein ernstes Wort im Reichstage gesprochen werden. Auf diesem Wege geht es nicht weiter. (Sehr richtig! im Zentr.) — Aufgefallen sind mir besonders die Ueberschreitung der Manöverkosten um 1 Million. Fachmänner behaupten, daß besonders die Kaisermanöver ihren kriegsmäßigen Charakter eingebüßt und mit ihren im Kriege unmöglichen Vorführungen gewaltiger Reitermassen-Attaquen zu Schaustellungen geworden sind. Bei den Kolonialetats können leicht größere Defizits eintreten, da es hier an den nothwendigen rechnerischen Unterlagen fehlt; aber bei den regelmäßigen Etats ist doch davon nicht die Rede. Man wird unwillkürlich zu der Ueberzeugung geführt, daß, wenn diese Ueberschreitungen fortgesetzt werden, endlich einmal auch die nachträgliche Genehmigung versagt werden muß, falls nicht die Nothwendigkeit der Ueberschreitungen haarscharf nachgewiesen wird. (Lachen links.) Auch wir sind nicht unschuldig an den fortgesetzten Ueberschreitungen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Bei der Arbeitsüberbürdung des Plenums und der Rechnungskommission hat man es oft an der nöthigen Kontrolle fehlen lassen. Die Uebersichten können vielleicht der Rechnungskommission abgenommen und an die Budgetkommission überwiesen werden, dieser dagegen mehr Titel und Kapitel, als bisher, abgenommen und im Plenum berathen werden. Die altpreußische Genauigkeit und Sparsamkeit — das Gute soll man überall anerkennen — muß auch im Reiche wieder Platz greifen. Die Freude des Reichsschatzsekretärs über die Unterlassung von Mehrforderungen seitens der einzelnen Ressorts scheint darauf hinzudeuten, daß Ressorts ohne Mehrforderungen eigentlich gar nicht denkbar seien. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, der Rothstift wird trotzdem noch genügend Arbeit finden. Die vom Schatzsekretär so gerühmte Heeresverwaltung kommt mit Forderungen, von denen früher keine Rede war. (Reichskanzler Graf Bülow erscheint im Saale.) Besonders bedenklich erscheint die geforderte Gehaltserhöhung für 180 Oberstleutnants; Gehaltserhöhungen für einzelne Kategorien auf dem Wege der Etatsforderung erscheinen nicht angängig. Alle die geforderten militärischen Mehrausgaben sind der eingehendsten Prüfung zu unterwerfen und werden wohl für das eine oder andere Jahr noch Zeit haben. (Hört, hört! links.) Unsere Marine hat sich an ein etwas splendides Verhalten gewöhnt. Jetzt fordert sie einen Marinepalast, der 10 Millionen kosten soll, auf dem theuersten Bauplatz in dem theuersten Viertel Berlins. Im Etat des Reichsamts des Innern wird als erste Rate ½ Million zur Betheiligung an der Weltausstellung von St. Louis gefordert. Ich glaube nicht, daß uns unsere Finanzlage derartige Ausgaben für ausländische Ausstellungen gestattet. Unsere Schuldenlast ist auf 2,814 Milliarden Mark gestiegen. Da wollen alle Forderungen genau geprüft werden. Wir werden namentlich bei Bauten fragen, ob sie dringend nothwendig sind. (Bebel: Sie werden doch bewilligen!) Das werden wir später sehen. (Heiterkeit b. d. Soz.) In sozialpolitischer Hinsicht ist in dem Etat nicht mehr zu entdecken als 4 Millionen für Arbeiter- und Beamtenwohnungen. Die Zuschußanleihe muß, wenn nicht geradezu beseitigt, so doch möglichst herabgedrückt werden. Wie lange soll diese Pumpwirthschaft noch fortdauern? Bei den Handelsverträgen muß die größte Vorsicht walten und auf die Interessen der Landwirthschaft (Aha! bei den Soz.) die größte Rücksicht genommen werden. Im anderen Falle würde die Durchbringung der Handelsverträge noch schwieriger sein, als die des Zolltarifs. (Unruhe und Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) können doch froh sein; Sie haben vom Zolltarif nichts wissen wollen; dann bekommen Sie ja Gesellschaft. Auf die auswärtige Politik will ich nicht näher eingehen. Von allzu großer Liebe scheinen wir nicht umgeben zu sein, am wenigsten dort, wo wir uns selbst die größte Zurückhaltung auferlegt haben. Ich frage den Reichskanzler, ob und wie weit er uns über die venezolanische Angelegenheit Auskunft ertheilen will. — Die Erneuerung des Dreibundes begrüße ich mit Freuden; in der Hauptsache werden wir aber immer auf uns selbst angewiesen sein: wir müssen die schwere Doppelrüstung zu Wasser und zu Lande eben tragen. Was wir aber verlangen können und müssen, ist die menschenwürdige Behandlung unserer Söhne beim Militär. Vielleicht giebt uns der Kriegsminister Auskunft über den abscheulichen Rendsburger Fall. Auch in unseren Kolonien, namentlich in den Südseekolonien, sind arge Ausschreitungen vorgekommen. Der Assessorismus erweist sich als sehr unvortheilhaft für unsere Kolonialpolitik. Auch in Deutschland ist mancherlei zu beklagen. Wir stehen rückhaltlos auf dem Boden der Reichsverfassung und geben trotz der härtesten Geduldsproben dem Kaiser, was des Kaisers ist. Wir sind ferne von Reichsverdrossenheit. Nichtsdestoweniger sind gewisse Strömungen — wobei man nicht einmal an Braunschweig und Lippe zu denken braucht — sehr geeignet, uns die Freude am Reich zu vergällen. (Zuruf des Abg. Heine.) Was wollen Sie, Herr Kollege? (Abg. Heine: Ich bin sehr gespannt darauf, was Sie jetzt äußern werden.) Ihre Spannung wird gleich befriedigt werden. (Heiterkeit.) Die Swinemünder Kaiserdepesche hat besonders in meiner bayerischen Heimath arge Verstimmung hervorgerufen. Wundern Sie sich darüber, Herr Kollege Heine? (Heiterkeit. Vizepräsident Büsing bittet, Privatunterhaltungen zu unterlassen.) — Redner geht jetzt ziemlich ausführlich auf Inhalt und Entstehungsgeschichte des bekannten Kaisertelegramms an den Prinzregenten Luitpold von Bayern ein. Die bayerische Abgeordnetenkammer hatte von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht und 100 000 Mk. abgelehnt, die „zur Erwerbung ausgezeichneter Kunstwerke" gefordert waren. Die Ablehnung erfolgte aus politischen Gründen (Hört! hört! links), um dem Kultusministerium das Mißtrauen des Hauses auszudrücken, das sich gegenüber einer ungehörigen Kundgebung des Senats der Universität Würzburg schwächlich und zaghaft benommen hatte. Es handelte sich durchaus nicht um eine feindselige Kundgebung gegen die Kunst oder eine Kunstrichtung. Die Spitze richtete sich nicht gegen den Regenten, sondern gegen das Ministerium. Es handelte sich nicht um eine persönliche Forderung des Regenten, sondern um eine Position des Etats. (Abg. v. Vollmar: Das verstehen Sie ja nicht! Gr. Heiterkeit) Wie die Ablehnung des Mittellandkanals keine persönliche Kränkung des Königs von Preußen bezweckte, so lag hier keine Kränkung des Regenten vor. Der Regent hat auch die Ablehnung nicht als solche aufgefaßt. Um so auffallender ist es, daß ein außerbayerischer Monarch darob in tiefste Entrüstung geräth. Hier liegt eine seltsame Verkennung der ganzen Sachlage vor, die auf falscher Information beruhen muß. Es ist in der Depesche von der „Empörung über schnöde Undankbarkeit gegen das Haus Wittelsbach" die Rede. Die verfassungsmäßige Ablehnung einer Position soll schnöde Undankbarkeit sein? Ist denn die Volksvertretung nur dazu da, alles zu bewilligen? Ist nicht die Geldverweigerung ein legitimes Machtmittel der Volksvertretung. Wenn die Swinemünder Depesche der Angelegenheit eine antidynastische Spitze zu geben sucht, so läßt uns das ganz ruhig. Wir haben die Person des Kaisers nicht in die Debatte gezogen. Wogegen wir uns wenden, ist, daß die Depesche an Stelle des verfassungsmäßigen Zusammenwirkens von Regierung und Volksvertretung das verfassungswidrige: „Der Wille des Königs soll das oberste Gesetz sein" setzt. Am schärfsten müssen wir die Veröffentlichung der Depesche verurtheilen, die erst nach mehreren Tagen erfolgte. Während dieser Zeit mußte der Absender über die wahre Sachlage aufgeklärt sein. Wir erheben gegen die Ausdrücke der Entrüstung und Empörung Protest, weil sie mit dem föderativen Charakter des Reiches unvereinbar sind. (Sehr richtig! im Zentr.) Die Reichsverfassung schützt die Selbstständigkeit der Einzelstaaten. Der Kaiser ist nicht souveräner Monarch. Der Kaiser ist, wie Laband sich ausdrückt, nur der Name, unter welchem die Präsidialrechte des Bundes ausgeübt werden. Zu den Rechten des deutschen Kaisers gehört nicht das Recht der Kontrolle über die innere Politik eines Bundesstaats. (Bravo! im Zentr.) Was gegenüber der bayerischen Kammer geschieht, kann gegenüber jedem anderen Bundesstaat auch geschehen. Wir müssen gegen eine solche Zensur Verwahrung einlegen, noch dazu, als sie von einer unverantwortlichen Stelle ausgeht. (Zuruf b. d. Soz.: Unverantwortlich!) Ich frage deshalb den allein Verantwortlichen, den Herrn Reichskanzler, ob er die Veröffentlichung veranlaßt hat. Von München aus ist eine Veröffentlichung nicht erfolgt. Eine bayerische Zeitung schrieb, die Depesche richte sich gegen das Zentrum und Zentrum sei Trumpf für Bayern wie im Reiche. Wenn das doch wahr wäre! (Heiterkeit.) Wir im Süden erkennen die rastlose Thätigkeit, die Energie des Kaisers durchaus an. Die Herzen sind ihm zugethan trotz manches Plötzlichen. Die dreißig Jahre Geschichte des deutschen Reiches und nicht spurlos vorübergegangen. Aber wir verlangen strikte Einhaltung der Reichsverfassung. Nur dadurch wird das in siegreichen Waffengängen Erworbene zusammengehalten. Wir verlangen, daß Recht Recht bleibt. (Lebh. Bravo! im Zentrum) Die Nähe der Wahlen veranlaßt uns, zwei Forderungen besonders zu betonen: die Erhaltung des heutigen Wahlrechts und die Einführung von Diäten. Die Forderung des Kaisers vom einfachen, schlichten Mann aus der Werkstatt hat die Einführung von Diäten zur Voraussetzung. (Sehr richtig! im Zentr.) Hoffentlich wird uns noch in dieser Session ein dahingehender Gesetzentwurf vorgelegt. Außerdem möchte ich erklären, daß das Zentrum für eine Aenderung oder Beschneidung des bestehenden allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nicht zu haben ist. (Lebh. Bravo! i. Zentr.) Weiter verlangen wir Beseitigung aller Privilegien für das Duell und den Ausbau der Sozialpolitik. Der Kinderschutzentwurf und der Entwurf betr. kaufmännische Schiedsgerichte müssen noch in dieser Session vorgelegt werden. Auch das schwierige Problem der Arbeitslosenunterstützung muß gelöst werden. Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß sichergestellt werden. Hierdurch erreicht die Regierung mehr als durch Arbeiteradressen, bei denen man nicht weiß, ob sie freiwillig geschehen. Der Landwirthschaft muß die dauernde Fürsorgung der Regierung zugewandt werden. Die christlichen Konfessionen sollten sich vereinen im Kampf gegen die Mächte, die an unserer christlichen Gesellschaftsordnung rütteln. Möge die Regierung unseren Wünschen gleich freundlich wie beim Toleranzgesetz entgegenkommen. Sie sollen Vaterlandsbegeisterung und religiöse Toleranz fördern. (Lachen b. d. Soz.) Dann mag der deutsche Adler sich ruhig vom sicheren Port zur Weltpolitik wenden und seine Schwingen schützend ausbreiten vom Fels zum Meer und über das Meer hinaus. (Leb. Beif. i. Zentr.)

Reichskanzler Graf Bülow: Durch die Art und Weise, wie der Herr Vorredner das Telegramm zur Sprache gebracht hat, das Se. Majestät der Kaiser vor fünf Monaten an Se. Kgl. Hoheit den Prinzregenten von Bayern gerichtet hat, bin ich genöthigt, schon jetzt zu erwidern. Nach der Verfassung bin ich verantwortlich für diejenigen kaiserlichen Entschließungen, die zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen. Nach Art. 17 der Verfassung erstreckt sich diese Verantwortlichkeit auf Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, also auf Handlungen die in unmittelbarer Ausübung der dem Kaiser zustehenden Regierungsrechte vor sich gehen, dagegen nicht auf persönliche Kundgebungen, (Unruhe i. Zentr.) selbst wenn solche Kundgebungen programmatischer Natur sind. (Sehr richtig! rechts.) So sind z. B. die Erlasse des jetzigen Kaisers vom Februar 1890 über die Ordnung der Arbeiterverhältnisse gleichfalls von keinem Minister kontrasignirt worden. Jenseits dieser Schranken greift nicht mehr die formale Verantwortlichkeit des Kanzlers Platz, sondern ich möchte sagen: die Imponderabilien der Tradition, des Taktes, der Gewissenhaftigkeit, der moralischen Verantwortlichkeit. Die moralische Verantwortlichkeit des Kanzlers für persönliche Kundgebungen des Kaisers folgt m. E. aus der Natur der kanzlerischen Institution. Ein gewissenhafter Reichskanzler würde m. E. nicht im Amte bleiben können, wenn er nicht Dinge verhindern könnte, die nach seinem pflichtmäßigem Ermessen das Wohl des Reiches wirklich und dauernd schädigen würden. Andererseits muß aber auch dem Kaiser wie jedem Staatsbürger das Recht der freien Meinungsäußerung zustehen. Wenn der Kaiser, seiner kräftigen Natur entsprechend, seine Meinung hier und da kräftig zum Ausdruck bringt, so kann ihm das doch gerade Herr Dr. Schädler am allerwenigsten vorwerfen, der weder heute noch in Tuntenhausen als ein Leisetreter sich gezeigt hat. (Unruhe im Zentrum.) Ich werde es niemals ablehnen, die Verantwortung zu übernehmen für die Rückwirkung solcher Kundgebungen auf den ganzen Gang der Politik, denn ich bin dem Bundesrath und diesem hohen Hause verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, die weder den äußern noch den inneren Frieden des Reiches gefährdet. Im vorliegenden Falle handelt es sich um einen rein persönlichen Meinungsaustausch des Fürsten zum Fürsten, des Freundes zum Freunde, nicht um einen Staatsakt. An dem persönlichen Charakter des Depeschenwechsels ist auch durch seine Veröffentlichung nichts geändert. Wolffs Telegraphenbureau ist keine staatliche Einrichtung, die Anweisung zur Veröffentlichung war nicht gegengezeichnet. Die Frage, wie die Veröffentlichung zu Stande kam, ist nicht entscheidend, es kommt darauf an, daß eine Trübung der Beziehungen zwischen Preußen und Bayern infolge des Telegramms, wie sie Dr. Schädler behauptete, nicht geschehen ist. Der Prinz-Regent hat noch 4 Wochen nach Empfang des Telegramms dem Kaiser durch den Prinzen Ludwig den Dank für das Telegramm wiederholt. (Unruhe im Zentrum.) Dieser edle und ausgezeichnete Fürst wußte sehr wohl, daß der Kaiser nur dem Ausdruck gab, was er persönlich empfand, daß nämlich in Sachen der Kunst allein das Interesse der Kunst hätte maßgebend sein sollen. Der Prinzregent wußte auch sehr wohl, daß dem Kaiser jede absichtliche Einmischung in die parlamentarischen Angelegenheiten eines deutschen Bundesstaates ferngelegen hat. Die sorgsame Pflege der föderativen Grundlage des Reichs ist eine conditio sine qua non für die deutsche Entwicklung; das wird an keiner Stelle vergessen. Daher kann ich nur meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben über die Art, wie Herr Dr. Schädler diesen Vorgang behandelt hat. Die Kaiseridee ist dem deutschen Volke weit mehr als der formale Begriff, den Dr. Schädler nach Prof. Laband hat construiren wollen. Sie repräsentirt in sich die teuersten Erinnerungen des deutschen Volkes und darum erfordert unser Ansehen nach außen, diese deutsche Kaiseridee vor jeder Antastung zu bewahren. (Lebh. Beifall rechts und bei den NL.)

Graf Stolberg (K.) schließt sich der Kritik des Abg. Dr. Schädler an den Etatsüberschreitungen vollständig an. Dadurch wird das Etatsrecht des Hauses illusorisch und die Neigung zu Nachbewilligungen nur erhöht. Redner geht nun auf die Einzelheiten des Etats ein. Er bemängelt die Größe der Summe für die Weltausstellung in St. Louis. Der Militäretat ist sehr sparsam bemessen, der Gehaltserhöhung für die 180 Oberstleutnants stimmen wir zu, da dadurch eine Anomalie beseitigt wird. Im Vorjahre gelang die Balanzirung des Etats nur durch Manipulationen, die einer Verschleierung nicht unähnlich sahen, in diesem Jahre werden wir so nicht weiter kommen. Das ganze Defizit lasse sich nicht auf die Matrikularbeiträge abwälzen; wenn das auch größere Klarheit schaffen würde, so stehen dem doch große Bedenken gegenüber. Eine Erhöhung der Beiträge wäre vor allem für die Etats der kleinen thüringischen Staaten äußerst bedenklich. Aber wir müssen uns vor zu großem Pessimismus hüten; wenn die Regierungen den Zolltarif schnell in Kraft treten lassen, so werden sich unsere wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse rasch bessern. Sollte der Tarif auf mehrere Jahre verschoben werden, dann weiß ich nicht, was werden soll. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberathung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Im Zeitalter Löhnings. Im preußischen Staatsministerium ist, so wird dem „Vorwärts" geschrieben, ein Antrag zur schleunigen Beschlußfassung eingegangen, wonach vom Tage des Beschlusses ab die Verleihung des Ranges eines Geheimen Kanzleiraths an Personen des mittleren Beamtenstandes nicht mehr stattfinden soll, damit das Präsikat „Geheim" nicht weiterhin Anlaß zu betrübenden Verwechslungen mit den sogenannten höheren Beamten giebt. Schon vor einigen Jahren ist diese Verleihung wesentlich eingeschränkt worden, wie ein Vergleich im Berliner Adreßbuch von 1903 gegen 1893 beim Kultusministerium erkennen läßt. In Zukunft soll der Geheime Kanzleirath nur noch denjenigen mittleren Beamten zuerkannt werden, die als Abiturienten oder als ehemalige Leutnants in den Staatsdienst getreten sind, alle übrigen sollen unterschiedlich als Ober-Kanzleiräthe bezeichnet werden. An die drei Kabinette wagt man sich allerdings nicht heran, da bleibis beim alten. Daß so eine gewaltige Reform unbedingt nothwendig ist, wird jeder in der Kastologie einigermaßen Gebildete ohne weiteres einsehen. Der preußische Staat kann es unmöglich dulden, daß jemand aus den „unteren Klassen" Herr Geheimrath angeredet wird, zumal seit 1870 sogar ehemalige Feldwebel, deren Töchter von Steuerdirektoren nicht geheirathet werden dürfen, sich unter den Kanzleiräthen befinden. So wird also die Frau Kanzleiräthin ihr schmales Einkommen hinfort nicht dadurch minder schmerzhaft empfinden, daß sie sich „Geheimräthin" schimpfen lassen darf. Das „Geheim" gebührt nur noch der Sippe der Erbweisen, der Studierten. Die Kultur Preußens ist damit wieder um ein bedeutendes Stück gefördert, die Kasten noch peinlicher geschieden.

Ueber den Anlaß zu dem Duellmord im Grunewald weiß das „Berl. Tagebl." zu berichten: Da der Rechtsanwalt Aye nicht nur ein glänzender Vertheidiger war, sondern auch ausgesprochen schön, so war er ein Liebling der Frauen und hatte zahlreiche Liebesverhältnisse, trotzdem er in anscheinend glücklicher Ehe verheirathet war. Deswegen vorgefallene häusliche Zwistigkeiten mit seiner Frau hatte er stets durch seine Liebenswürdigkeit zu besiegen gewußt. Bei dem in Flensburg in Garnison stehenden Kriegsgerichtsrath Grünwald war nun im letzten Sommer die Schwester der Frau Grünwald, ein Frl. v. Grawert, zum Besuch. Aye lernte die Dame kennen, und sie gingen ein Verhältniß ein. Der Bruder der Dame, Oberleutnant Werner v. Grawert, hatte nun deswegen Aye auf Pistolen gefordert. Aye hatte sich im Hinblick auf seine Frau und Kinder lange geweigert, die Forderung anzunehmen, wurde dann aber dazu gezwungen. Danach hätte also die Kugel diesmal den Schuldigen getroffen. Aye wurde Montag Nachmittag in aller Stille in Berlin beerdigt.

„Im Sinne des Spenders". Der Judaslohn, den die Berliner politische Polizei an den Redaktionsboten des „Vorwärts" zahlte, ist trotz ständiger Aufforderung noch nicht abgeholt worden. Infolgedessen heißt es heute an der Spitze des „Vorwärts":

„Die 60 Mark, welche am 13. Januar 1905 im Cassee Schiller an unsern Redaktionsboten, um zum Treubruch und zum Verrath von Geschäftsgeheimnissen an die politische Polizei zu verleiten, gezahlt wurden, sind bisher nicht abgeholt worden. Sollte der Empfangsberechtigte bis zum Dienstag den 20. Januar sich nicht melden, so nehmen wir an, daß es im Sinne des Spenders ist, wenn wir die Summe der sozialdemokratischen Parteikasse zum Zwecke des Kampfes gegen die preußische Polizeireaktion überweisen.

Redaktion des „Vorwärts".

Die Leitung der Berliner Polizei muß auch diese bittere Pille schlucken, trotzdem ihr die Enthüllung des „Vorwärts“ selbst noch so im Halse steckt, daß sie bisher die Sprache noch nicht wieder gefunden hat.

Maracaibo bombardirt. Während man den venezolanischen Konflikt schon auf dem Wege der friedlichen Lösung glaubte, nachdem Präsident Castro die Entscheidung der Streitfragen durch ein Schiedsgericht akzeptirt hatte, ist unerwartet ein neuer, sehr ernster Zwischenfall eingetreten, bei dem natürlich wieder die Kanonen eines deutschen Kriegsschiffes, des „Panther“, die Musik machten. Der „Frkf. Ztg.“ wird darüber aus Newyork gekabelt: „Der Kreuzer „Panther“ bombardirte das Fort San Carlos nahe bei Maracaibo. Eine Stunde lang erwiderte das Fort das Feuer mittels vier Geschütze. Der „Panther“ zog sich dann zurück. Die Venezolaner erklären, das Bombardement sei ohne Ursache erfolgt und sei auch nicht vorher angekündigt worden. Drei Venezolaner wurden verletzt.“ Was für einen Zweck diese ganz sinnlose und auch völkerrechtswidrige Aktion hatte, darüber werden leider keine Angaben gemacht; auch liegen amtliche Nachrichten über den Zwischenfall noch nicht vor. Nach einer offiziösen Meldung des Wolff'schen Bureaus“ hat der „Panther“ auf der vor der Lagune liegenden Barre vermuthlich nicht genug Wasser vorgefunden und deshalb die wahrscheinlich vorhandene Absicht, den Transport kolumbischen Kaffees über die Lagune zu hindern, aufgeben müssen.

Die zweite Flucht der Kronprinzessin von Sachsen hat an der Riviera, in Mentone geendet. Wie der Genfer Korrespondent der „Frankf. Zeitung“ zuverlässig erfährt, erfolgte die Abreise der Kronprinzessin und Girons aus Genf weder unvorbereitet noch für dauernd. Der Grund war neben der in Genf seit einiger Zeit anhaltenden ungünstigen Witterung die vollständige Beendigung der Verhandlungen mit dem Dresdener Hofe.

Kleine politische Nachrichten. Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags ist auf den heutigen Dienstag einberufen, um zu berathen über die ihr überwiesene Frage, ob nach Schluß der Diskussion noch Anträge auf einfache Tagesordnung gestellt werden können und ob Anträge auf einfache Tagesordnung sich auf Abänderungsanträge beschränken können, ohne den Hauptantrag zu berühren. Vorsitzender der Kommission ist bekanntlich jetzt, nachdem Singer zurückgetreten, der Zentrumsabgeordnete Roeren. — Im ersten Berliner Reichstagswahlkreise, in dem seit dem Bestehen des Norddeutschen Bundes bezw. des Deutschen Reiches stets nur ein Mitglied der Fortschritts- (freisinnigen) Partei gewählt worden ist und den jetzt seit längeren Jahren der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans vertritt, wird, der „Volksztg.“ zufolge, bei den Reichstagswahlen im Frühling ds. Js. der Stadtälteste und Stadtverordnete Kämpf, Präsident der Aeltesten der Kaufmannschaft, kandidiren. — Abg. Propst Dr. v. Jazdzewski, der im Reichstag wie im Landtag den Wahlkreis Krotoschin vertritt, hat nach der „Pos. Ztg.“ erklärt, er nehme ein Mandat nicht mehr an. — Der Regierungspräsident von Osnabrück hat eine Anzahl Mormonen-Agitatoren, die sich in letzter Zeit besonders lästig bemerkbar gemacht hatten, aus dem Gebiete des preußischen Staates ausgewiesen. — Polizeilich konfiszirt wurde in Berlin die Nr. 3 des „Dorfbarbier“. Die behördliche Maßregel wird auf eine auf Seite 7 des genannten Blattes enthaltene Illustration zurückgeführt, die der Zensur als sittlich anstößig erschien. — Der Schwager des Sultans, Mahmud Pascha, der nach seiner Aufsehen erregenden Flucht seit längerer Zeit in Belgien ansässig war, ist in der Nacht zum Sonntag gestorben. — In Peking wurde Sonntag das von der chinesischen Regierung errichtete „Sühne-Denkmal“ für den ermordeten Frhrn. von Ketteler feierlich enthüllt.

Oesterreich-Ungarn.

Was Bülow kann, kann Koerber längst. Dieser Tage wurde aus Wien gemeldet, daß im neuen österreichischen Zolltarif die Eingangszölle „zu einer enormen Höhe gesteigert“ seien. Inzwischen hat nun der Ministerpräsident im Reichsrath einige neue Zollsätze mitgetheilt. Vergleicht man sie mit den bisherigen, so ergeben sich z. B. bei den Zollsätzen auf Lebensmittel folgende Unterschiede:

	Neuer Zollsatz in Kronen	Bisher. Zollsatz in Kronen
Weizen, Spelz und Halbfrucht	7,50	3,57
Roggen	7,—	3,57
Gerste	4,—	1,79
Hafer	6,—	1,79
Mais	4,—	1,19
Malz	5,40	3,57
Mehl	15,—	8,93
Trauben, auch Weinmaische	40,—	23,81
Feines Tafelobst	20,—	11,90
Feines Tafelgemüse	20,—	11,90
Blumen	50,—	11,90
Hopfen	70,—	23,81
Ochsen per Stück	60,—	35,71
Kühe	30,—	7,14
Jungvieh	18,—	7,14
Schweine über 120 Kilo	22,—	7,14
Pferde über 2 Jahre	100,—	23,81
Pferde unter 2 Jahre	50,—	23,81
Geflügel, todt, 100 Kilo	25,—	14,29
Fische	20,—	4,76
Butter	35,—	23,81
Schweinefett	45,—	38,08
Liqueur	170,—	142,86
Wein in Fässern	60,—	47,62
Wein in Flaschen	75,—	47,62
Schaumwein	150,—	119,05

Schneiderstreik Sämmtliche Schneidergehülfen der Herrenkleiderbranche Wiens, ca. 15 000, legten Montag die Arbeit nieder, nachdem die Konfektionäre die geforderte Erhöhung der Löhne und die Abkürzung der Arbeitszeit abgelehnt hatten. Dem Streik schlossen sich die Gehülfen und Stückmeister, ca. 3000, an. Da sämmtliche Schneider Oesterreichs sich mit den Streikenden solidarisch erklärt haben, wird die in die Provinz gesandte Arbeit von Wiener Konfektionären überall zurückgesandt. Eine Versammlung arbeitsloser Schneider, die am Montag in Wien stattfand, erklärte sich ebenfalls mit den Ausständigen solidarisch.

Hochverrathsprozeß. Das Gericht in Przemysl (Galizien) verhandelte am Montag gegen den früheren Polizeiinspektor Burghardt aus Sambor, den Kellner Lewkowitsch, den Wirthschaftsbesitzer Brück und die Gewerbetreibenden Fleischmann wegen Verraths militärischer Geheimnisse an Rußland. Die Angeklagten wurden zu Strafen von 3 bis 15 Monaten schweren Kerkers, verschärft durch einmaliges Fasten und hartes Lager in jeder Woche, verurtheilt.

Marokko.

Die Truppen des Sultans brachten, wie „Agence Havas“ meldet, den Anhängern des Prätendenten in der Nachbarschaft des Haynastammes eine schwere Niederlage bei. — In Tanger kam Sonntag eine große Menge, für den Sultan bestimmte Munition an.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 20. Januar 1903.

Sang- und klanglos hat die „Eisenbahnztg.“ ihren Verleger gewechselt. Weder im lokalen Theile noch sonst wo wird im Blatte selbst davon geziemend Notiz genommen. Lediglich aus der unterzeichneten verantwortlichen Firma ersieht man, daß für Druck und Verlag des Blattes an der Obertrave nunmehr die Herren „Wienandt u. Willers“ zeichnen. Unsere Leser sind genügend davon unterrichtet, wie die bisherige Verlegerin, Frau Ida Boyed, schon längst die Absicht hatte, das im ersichtlichen Niedergang befindliche Blatt zu verkaufen. Zeitweilig verlautete auch, daß der Verkauf an ein Berliner Konsortium schon perfekt geworden sei. Es ist jedoch anders gekommen: Herr Wienandt, der Leiter des Blattes, und Herr Willers, der bereits seit Jahren im technischen Betriebe der „Eisenbahn-Ztg.“ angestellt ist, haben die Druckerei und den Verlag erworben. Ob es ihnen gelingen wird, das Schifflein vor dem Schiffbruch noch zu retten, wird die Zukunft ausweisen müssen. Vorläufig hat man zwar große Rosinen im Sack, indessen hat das ehemals viel gelesene Blatt infolge der Schaukelpolitik, die in den letzten Jahren in seinen Spalten getrieben worden ist, so sehr an Kredit bei den Lesern eingebüßt, daß es unendlich schwer fallen dürfte, die Scharten je wieder auszuwetzen.

Zur Gehaltsregulirung der Beamten der Lübeck-Büchener Eisenbahn wird uns noch von betheiligter Seite unter Bezugnahme auf eine Notiz im „General-Anzeiger“, die einen ähnlichen Inhalt hatte, wie die von uns gestern aus dem „Hann. Cour.“ mitgetheilte, geschrieben: „Die Nachricht an sich ist ja durchaus erfreulich für die Angestellten, doch dürfen sie beileibe nicht fragen: wie groß sind denn die Zulagen eigentlich und wie hoch kommen wir mit der Zeit in unserem Diensteinkommen? Weil nun diese Notiz diese Angabe in sekreter Weise verschweigt, sei den Angestellten von vornherein gesagt, daß sie sich auf keinen Fall großen Hoffnungen hingeben dürfen; denn die Zulagen bewegen sich in gewohnter Weise in recht bescheidenen Grenzen; sie beschränken sich lediglich auf eine Erhöhung der Ortszulage für einzelne Beamtenklassen und zwar im Betrage von 60, 70 und 90 Mk. Eine Aufbesserung des Grundgehalts der einzelnen Klassen hat überhaupt nicht stattgefunden, es sei denn in höheren Regionen; dagegen hat man es doch für nothwendig oder auch für ausreichend erachtet, die beiden ersten von den etatsmäßig vorgesehenen sechs Alterszulagen um den Riesenbetrag von je 25 Mk. höher zu bemessen.“ — Es ist eigentlich geradezu unverständlich, wie ein Unternehmen, wie die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft, es wagen mag bei ihrer bescheidenen Brutto-Einnahme von 6 Millionen Mark eine solch unerhörte Verschwendung zu treiben! Sie übernimmt doch in moralischer Hinsicht die Verantwortung dafür, wenn ihre Beamten sich zu Verschwendern ausbilden.

Die Generalversammlung des Norddeutschen Arbeitgeber-Verbandes von Gewerbetreibenden der Herren-Maaßschneiderei, die Sonntag hier stattfand und in der Delegirte von Hamburg, Lübeck, Bremen, Kiel, Flensburg und Schwerin anwesend waren, beschloß einstimmig, sich dem Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, Sitz München, anzuschließen. — Der Münchener Verband gehört zu jener Sorte von Arbeitgeberverbänden, die das „Herr im Hause sein“ bei jedem geringsten Anlaß herauskehren. Für die Schneidergehilfen in Norddeutschland erwächst deshalb, wenn sie sich nicht den Scharfmachern im Schneidergewerbe auf Gnade und Ungnade ausliefern wollen, die Pflicht, sich Mann für Mann ihrem Verbande anzuschließen, um der Arbeitgeberorganisation eine machtvolle und entschlossene Arbeitnehmerorganisation entgegensetzen zu können.

Die Feilenhauer der Werkstätte von Luther schreiben uns in Erwiderung auf die Notiz in Nr. 10 des „Lübecker Volksboten“: Wie der Schreiber uns aus Feilenhauerkreisen berichtet, sei über die Werkstätte der Feilenhauerei von Luther nichts Rühmliches zu berichten. Wir geben zu, daß wir an zwei Sonntagen des Morgens drei Stunden gearbeitet haben, und es sind auch vor Weihnachten Ueberstunden gemacht worden. Es war aber nur eine Ausnahme, da wir zwischen Weihnachten und Neujahr etwas vor hatten und nicht haben arbeiten können. Berechnen wir diese Zeit, so haben wir noch nicht einmal unsere Arbeitsstunden innegehalten. Wir wissen wohl, daß drei arbeitslose Feilenhauer am Orte liegen, und nicht nur zwei. Wenn in der Feilenhauerei von Luther ein Kollege eingestellt werden sollte, so müßten wir nur halbe Tage arbeiten, wie schon einer von diesen Arbeitslosen gesagt hat; gegenwärtig arbeiten wir im Durchschnitt nur neun Stunden pro Tag.

Die Gebühr für Ein- und Auseisung von Schiffen wird vom heutigen Tage an wieder erhoben.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder. Eltern, welche ihre Kinder zu Ostern 1903 in eine der städtischen oder vorstädtischen Volksschulen aufgenommen zu sehen wünschen, werden hierdurch aufgefordert, die Kinder baldthunlichst, spätestens aber bis Ende Januar dieses Jahres bei dem betreffenden Hauptlehrer anzumelden. Bei der Anmeldung ist der Taufschein, in dessen Ermangelung aber wenigstens der Geburtsschein vorzulegen und bezüglich derjenigen Kinder, welche ihr zwölftes Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, der Nachweis der gesetzlichen Impfung zu erbringen.

pb. **Festgenommen** wurde ein Tischlergeselle aus Schönau, der seinem Meister verschiedenes Werkzeug gestohlen hat. Eine in seiner Wohnung vorgenommene Durchsuchung ergab, daß er sich auch noch verschiedene Beschläge und einen Spiegelaufsatz rechtswidrig angeeignet hatte. — Des Weiteren wurde ein jugendlicher Arbeiter festgenommen, der sich aus dem Pferdestalle einer an der Obertrave belegenen Gastwirthschaft eine Pferdedecke rechtswidrig aneignete.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In einer Versammlung der Zahlstellen Hamburg, Altona, Ottensen und Wandsbek des deutschen Schuhmacherverbandes wurde beschlossen, zum Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten und einen einheitlichen Lohntarif für die genannten Städte einzuführen. Der Wochenlohn soll in Zukunft 24 Mk. betragen, der Stundenlohn 45 Pf.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf dem im Hamburger Hafen liegenden Dampfer „Helmuth“ platzte am Sonnabend ein Dampfrohr. Durch den ausströmenden Dampf erlitt der Maschinist W. Orter so schwere Brandwunden, daß er alsbald im Hafenkrankenhause, wohin man ihn geschafft hatte, gestorben ist. — Durch Staueis wurden Montag in Hamburg drei mit Kohlen beladene Elbkähne in den Grund gedrückt. An der Elbbrücke wurden vier Elbkähne schwer beschädigt. — Eine junge Dame Fräulein Schultz, die am Sonnabend in Eimsbüttel von einem Straßenbahnwagen absprang, noch bevor derselbe vollständig hielt, kam so unglücklich zu Fall, daß sie außer schweren Kopfverletzungen eine Gehirnerschütterung erlitt und bald darauf verstarb. — Montag Morgen 8 Uhr stürzte in der Bundesstraße 5 in Hamburg die 18jährige Tochter eines dort wohnenden Postbeamten infolge eines Schwindelanfalles aus einem Fenster der in der vierten Etage belegenen Wohnung auf die Straße und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie schon nach wenigen Minuten ihren Geist aufgab. Ungefähr zur selben Zeit ist der Dachdecker-Gehülfe Paul Hövert von dem Dache des im Bau begriffenen Bekleidungsamtes im Vorort Bahrenfeld abgestürzt. Der Bedauernswerthe erlitt einen Schädelbruch; er ward in das städtische Krankenhaus gebracht. — Der Hauswirth H. in Carlow bei Schönberg (Mecklenburg) wurde am Sonntag von einem nicht unbedeutenden Verlust betroffen. Während der mit Dungfahren beschäftigte Knecht einen Dunghaken holte, ging das Gespann mit dem Wagen durch und stieß mit solcher Wucht gegen eine Telegraphenstange, daß die Pferde stürzten und zwei derselben an den erhaltenen Verletzungen eingingen. — Auf der Eisfläche der Schlei ertrank, nach einer Meldung aus Schleswig, der 12jährige Sohn des Schneiders Hansen; drei andere Knaben retteten sich. — Der 15jährige Sohn des Kontoristen Spethmann in Rendsburg ist beim Schlittschuhlaufen auf der Untereider in der Nähe Klints eingebrochen und ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden werden.

Hamburg. Ohne Hauptverhandlung im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Am 26. September 1902 wurde der Laufbursche H. Th. W. zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt, weil er gemeinschaftlich mit zwei anderen jungen Burschen einen Diebstahl begangen haben sollee. W. hatte sowohl im Vorverfahren, wie in der Hauptverhandlung ganz entschieden bestritten, daß er bei dem Diebstahl betheiligt gewesen sei. Die Strafkammer III hatte jedoch seinen Betheuerungen keinen Glauben geschenkt und ihn zu der genannten Strafe verurtheilt. Als er trotz seiner Verurtheilung seinen Eltern gegenüber weinend seine Unschuld beharrlich weiter behauptete, räumte plötzlich sein jüngerer Bruder Wilhelm W. ein, daß er an dem Diebstahl betheiligt gewesen sei. Im Auftrage der Eltern beantragte darauf der Rechtsanwalt Dr. Suse Wiederaufnahme des Verfahrens. Diesem Antrage wurde stattgegeben und der Landrichter Dr. Wittich mit den erforderlichen Erhebungen betraut. Bei den Vernehmungen, die dieser vornahm, stellte es sich sodann heraus, daß der eine der mitverurtheilten Burschen, wie das Dr. Suse in seinem Antrage auf Wiederaufnahme behauptet hatte, schon in der Hauptverhandlung am 26. September gesagt hatte: Wilhelm W. ist dabei gewesen. Die Richter haben die Betonung des Vornamens scheinbar überhört und nur auf den Familienamen W. gehört, und dann auf Grund dieseo vermeintlichen Belastung des damaligen Angeklagten W. durch den Mitangeklagten ihr verurtheilendes Erkenntniß gegründet. Auch aus anderen Momenten ergab sich durch die neuen Vernehmungen die Unschuld des H. Th. W. so eklatant, daß auf Grund des § 411 Abs. 2 Strafprozeßordnung, der eine Freisprechung im Wiederaufnahmeverfahren auch ohne Hauptverhandlung zuläßt, wenn die Staatsanwaltschaft zustimmt, das Drei-Richter-Kollegium der Strafkammer III beschloß, den Angeklagten H. Th. W. unter Aufhebung des früheren Urtheils freizusprechen und die sämmtlichen Kosten, einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen nothwendigen Auslagen, der Staatskasse aufzuerlegen und so einen Justizirrthum wieder gut zu machen, der für den betroffenen jungen Menschen leicht die allerschwersten Folgen hätte haben können. — Die Freisprechung eines rechtskräftig Verurtheilten ohne fernere Hauptverhandlung gehört zu den größten Seltenheiten in der Rechtsprechung.

Schleswig. Einen Konkurs der Spar- und Hülfskasse wird die Verwaltung zu vermeiden suchen, um die Darlehne nicht zu gefährden. Man denkt daran, ein Moratorium zu erlangen, unter welchem die Geschäfte langsam und ohne Nachtheil für die Gläubiger abgewickelt, vielleicht auch an ein anderes Institut übergeführt werden können. Daß man die Kasse rekonstruirt und aufrecht erhält, ist wohl nicht möglich, vielleicht auch nicht angebracht. Denn wir leiden, sagen die „Schlesw. Nachr.“, nicht an einem Mangel, sondern einem Ueberfluß von Kredit-Instituten.

Kiel. Im Prozeß um den Kieler Hafen hat, wie die „Kieler Zeitung“ meldet, der Fiskus gegen das Erkenntniß des Landgerichts Berufung eingelegt. Der Verhandlungstermin vor dem zweiten Zivilsenat des Oberlandgerichts steht am 5. Mai an. Die hiesige Ortskrankenkasse bereitet eine Reihe wichtiger Maßnahmen vor. Der Vorstand des Vereins hat beschlossen, die Stadtkollegien um Anstellung einer ausreichenden Zahl von Schulärzten für die städtischen Lehranstalten, um Schaffung einer Vertretung der Kasse in der städtischen Gesundheitskommission, um strengere Durchführung der Desinfektionsvorschriften und die Unentgeltlichkeit der gesammten Desinfektion und um Betheiligung der Stadt an der Errichtung von Erholungsstätten zu ersuchen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Stadtvertretung auf diese Vorschläge einginge.

Bremen. Strandung eines Lloyddampfers. Ein Schiffsunglück, das einen großen deutschen Passagierdampfer betroffen hat, zum Glück ohne Menschenverluste zu fordern, trug sich Sonntag Morgen in der Nähe von Gibraltar zu. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Lahn“, von Italien nach Newyork unterwegs, strandete bei Tunara, 10 Meilen östlich von Gibraltar, bei Nebel und Regen. An Bord befinden sich 1500 Passagiere, darunter 300 erster Klasse; die übrigen sind sämmtlich Auswanderer. Da Abschleppungsversuche erfolglos blieben, hat man sich genöthigt gesehen, die Ladung der „Lahn“ in Leichter umzuschiffen. Einige Passagiere landeten inzwischen, um die Sehenswürdigkeiten von Gibraltar zu besichtigen; die meisten blieben jedoch an Bord. Bis Montag Abend 6 Uhr war das Schiff noch nicht wieder flott.

Wilhelmshaven. Der Mord auf der „Loreley“. Die Verhandlung gegen den des Mordes angeklagten Matrosen Kohler wird bereits am kommenden Freitag, den 23. Januar, vor dem Kriegsgericht der zweiten Marine-Inspektion verhandelt werden. Anfänglich hieß es bekanntlich, daß die Verhandlung sich bis zum Monate April hinausdehnen sollte.

Lübecker Stadttheater.

Die weiße Dame, komische Oper in 3 Akten von Boieldieu. „Seit Figaros Hochzeit ist keine komische Oper geschrieben worden wie diese", soll Altmeister Weber gesagt haben, als er erstmalig „Die weiße Dame" hörte. Es liegt in diesen Worten eine außerordentlich hohe Anerkennung für den Komponisten; man muß zum großen Theil auch heute noch, nach reichlich 77 Jahren, dieses Urtheil des berühmten Musikers gelten lassen, wenn auch schon im Laufe der Zeit Werke desselben Genres geboren wurden, die nicht allein einen Vergleich mit der „Weißen Dame" aushalten können, sondern dieselbe in vieler Beziehung sogar noch übertreffen. Kurz also: die graziöse und melodiöse Musik der „Weißen Dame" trägt nicht die Spuren des Alters, den Staub der langen Jahrzehnte, sondern sie gefällt noch heute. Voraussetzung für einen wirklichen Erfolg der Oper ist eine Besetzung der Hauptrollen, namentlich des Georg Brown, durch tüchtige Kräfte. Am Sonntag sang Herr Malten den muthigen jungen Unterleutnant. Ungezwungen und sicher bewegte er sich auf der Bühne; auch im Dialog war er durchaus annehmbar. Besonders geschickt erwies sich der Künstler in der Behandlung des Falsetts; das konnte man namentlich bei der Kavatine des 2. Aktes „Komm' o holde Dame" bemerken, die im Piano sanft und schmelzend ertönte. Fast gänzlich von ihrer Unpäßlichkeit erholt hat sich Frl. Gock, welche die Anna gab. Lieblich in der Erscheinung, wußte sie auch in gesanglicher wie darstellerischer Beziehung meist ihrer Aufgabe zu genügen. Den Pächter Dickson spielte Herr Bechstein recht drollig; sein Weibchen hatte in Frl. Holms eine niedliche Vertreterin gefunden, die auch durch ihren Gesang erfreute. Herr Scholz, der Meistbeschäftigte, gab den schurkischen Verwalter Gaveston zu wenig charakteristisch, um wirkungsvoll zu sein. Durch die Erkältung von Frl. Bartels (Margarethe) wurden verschiedene Striche nöthig, die zu bedauern sind: so fehlte das ganze Lied „Spinne, arme Margarethe". Die reizenden Chöre, die echt schottisches Gepräge tragen, gelangen größtentheils gut. Trotz alledem war der Gesammteindruck noch nicht der einer in jeder Beziehung abgerundeten Vorstellung, dafür war das Zusammenspiel zu unruhig. Herr Kapellmeister Weys dirigirte die Oper, welche von dem sehr zahlreich erschienenen Publikum außerordentlich freundlich aufgenommen wurde. L.

Letzte Nachrichten.

Lemberg. Ein neuer Brand ist in den Petroleumgruben von Boryslaw ausgebrochen, und zwar im Aetnaschacht. Das brennende Rohöl ergießt sich in den Tysmenienza in der Richtung der Erdwachsgruben. Die in der Nähe des Aetnaschachtes befindlichen Terrains sind bei der herrschenden Windstille nicht bedroht.

Konstantinopel. Heftige Schneestürme, welche viele Unglücksfälle auf See und zu Lande verursachen, wüthen in Konstantinopel seit Sonnabend. Der Verkehr ist nach allen Richtungen gestört.

Algier. Infolge einer Explosion wurden in einer Spezereihandlung zu Constantine der Ladenbesitzer und vier Kunden getödtet. Es heißt, daß der Besitzer des Ladens heimlich Pulver herstellte.

New-York. Auf dem amerikanischen Kriegsschiff „Massachusetts" sind durch eine in einem Thurm stattgehabte Pulverexplosion fünf Mann getödtet und 4 verwundet worden. — Auf dem Lloyddampfer „Main", der Montag früh nach Bremen in See ging, wurde gleich nach der Abfahrt Feuer entdeckt, weshalb der Dampfer in den Hafen zurückkehrte. Es stellte sich heraus, daß sich zwei Baumwollenballen in Brand gerathen waren. Nachdem das Feuer gelöscht war, fuhr die „Main" wieder ab. — Zahlreiche Goldfunde wurden am Tanama-Flusse in Alaska gemacht. — In San Franzisko soll angeblich die Beulenpest wüthen, was man aber zu verheimlichen suche.

Lübecker Marktpreise vom 17. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,05 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,15 Mk., Hasen Stck. 3,00 Mk., Enten Stck. 3,50 Mk., Hühner Stck. 1,70 Mk., Küken Stck. —,— Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,— Pf., Flickgans 3,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 0,55 Mk., Schinken Pfd. 0,85 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Heute Mittwoch beginnt mein

Grosser Räumungs-Ausverkauf

in Herren- u. Knaben-Garderoben

Mützen, Hüte, Wäsche, Unterzeuge und Schuhwaaren

zu riesig billigen Preisen.

Bitte um Beachtung meiner 9 Schaufenster.

Louis Levy

Klingenberg 5 und Marlesgrube 2 und 4.

Keine Brotnoth mehr!

Montag Nachmittag 5¼ Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann und meiner Kinder treusorgender Vater

Joachim Bohnsack

im 52. Lebensjahre.

Tief betrauert von mir, meinen Kindern und Allen, die ihm nahe standen.

Luise Bohnsack, geb. Schnoor.

Für die vielen Gratulationen und Aufmerksamkeiten, insbesondere für das schöne Ständchen des Gesangvereins Eintracht anläßlich unserer Hochzeit sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

Rich. Kössling und Frau.
Frida, geb. Borgwardt.

Lübeck, den 17. Januar 1903.

Unserm Kollegen **Adolf Haack** zu seinem 25. Wiegenfeste ein dreifaches Hoch.

Mehrere Kollegen.

Suche Beschäftigung in Nähen außer dem Hause.
Frau **Koth,** Engelswisch 33 a.

Gut erhaltenes modernes Fahrrad billig zu verkaufen **Wickedestraße 66. I.**

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

General-Versammlung
am Mittwoch den 21. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinslokal Hundestraße 41.

Tages-Ordnung:
1. Berichte.
2. Wahlen.
3. Besprechung betr. den Bau einer Turnhalle.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Die Helden der Menschheit.

Jeder Lebensbeschreibung ist das Bild des Betreffenden beigegeben. Das Werk erscheint in ca. 50 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 21. Januar, Abds. 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße Nr. 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung des Gesellenausschusses.
2. Stellungnahme zu dem vom Verbandsvorstand veröffentlichten Statutenentwurf.

Zu dieser Versammlung müssen alle Kollegen anwesend sein!

Der Vorstand.

Carl Evers
Schmiedestr. 1. = Wahnstr. 22.
Schwarzbrot
rein aus Roggen.

Schweinefleisch	per Pfund	65 Pfg.
Karbonade	per Pfund	70 Pfg.
Salzfleisch	per Pfund	65 Pfg.
Rauchfleisch	per Pfund	70 Pfg.
Schweinehaxen	per Pfund	90 Pfg.

dicke und dünne Rippen
empfiehlt
H. Timm, Große Altefähre 1.

Eine Parthie Norweger Flohmheringe
3 Stück 10 Pfg.
empfiehlt
Aug. Jensen, Hartengrube 21.

Sparklub „Bienenhaus".
Versammlung
am 21. Januar, Abends 8½ Uhr
Grondfoorder Allee 49a.

Panorama
(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Diese Woche:
Potsdam
u. die interessanten kaiserlichen Schlösser.

Circus Variété Reuterkrug.
Nur noch 6 Tage.
Man muß das große
schwedische Pöttingerquintett
gehört und in ihren Nationaltänzen gesehen haben.
Nur eine Stimme
hörte man. So etwas wie die
Toma-Truppe
die Kunstradfahrer **Hartford**
die 3 Cleas
sowie die anderen Spezialitäten
sind hier bei dem viel Guten gesehenen doch noch nicht gesehen
Niemand versäume daher diesen Prachtspielplan. Anfang 8 Uhr.
Der Circus ist auf's Beste geheizt.

Stadt-Theater.
Mittwoch den 21. Januar, 7½ Uhr:
115. Vorst. 101. Ab. Vorst. 16 Mittwochs-Ab
Der Sonnwendtag.
Drama in 5 Akten von Karl Schönherr.
Donnerstag: **Die weiße Dame.** Freitag: **Mouna Vanna.** Sonnabend: **Carmen.**
Sonntag 4 Uhr: **Die Meistersinger** (Willy Birrenhoven und Wilh. Langefeld a. G.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 17. Mittwoch, den 21. Januar 1903. 10. Jahrgang.

Ausländische Arbeiter.

mp. Während der Jahre des Aufschwungs sind aus dem Auslande zahlreiche Arbeitskräfte nach Deutschland gezogen worden, entweder weil strichweise ein thatsächlicher Mangel an Arbeitern bestand, oder aber weil die Arbeitgeber billigere Arbeitskräfte beschäftigen wollten, als sie damals auf dem deutschen Arbeitsmarkt aufzutreiben waren. Die Möglichkeit, diese billigen Arbeitskräfte massenhaft aus dem Ausland zu erhalten, war für die deutschen Arbeiter nicht nur, sondern für die ganze damalige wirthschaftliche Entwicklung höchst vortheilhaft. Manches neue Unternehmen, das bei starkem Arbeitermangel ungegründet geblieben wäre, half redlich dazu mit, die Uebererzeugung, deren Folge die Krise war, herbeizuführen. Namentlich bezog der Kohlenbergbau diese billigen Arbeitskräfte mit Vorliebe. Aber auch in der Eisenindustrie, im Textil und Baugewerbe nahm die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte einen erheblichen Umfang an. Als nun auf dem deutschen Arbeitsmarkte die Krise einsetzte und das Angebot so stark wurde, daß die Konkurrenz der heimischen Arbeiter unter einander die Lohnrichtung nach abwärts trieb, da stand man in den Kreisen der Arbeitgeber wie Behörden der Frage der Behandlung der ausländischen Arbeiter recht rathlos gegenüber. Auf der einen Seite suchte man die ausländischen Arbeiter als die ersten Opfer der Krise aus, indem man sie nicht nur entließ, sondern sie auch des Landes verwies, auf der anderen Seite aber fuhr man nach wie vor fort, den deutschen Arbeitsmarkt weiter durch das Angebot ausländischer Arbeitskräfte zu belasten. Die Versuche, die ausländischen Arbeiter abzuschieben, begannen etwa im Frühjahr 1901 und dauerten bis herein in das Jahr 1902. Im Mai 1901 waren in Mitteldeutschland manche Gegenden, vornehmlich die Regierungsbezirke Hildesheim, Hannover und Lüneburg, mit arbeitslosen Böhmen, Kroaten und Slowenen geradezu überschwemmt. Die bedauernswerthen Menschen waren durch gewissenlose Agenten herangelockt worden. Etwa 500 Kroaten, die sich in der Nähe von Hildesheim aufhielten, waren durch einen Landsmann nach dort verschleppt worden. Dieser hatte sich vor der Abreise aus der Heimath von jedem dieser Arbeiter eine Gebühr von 2 Mk. zahlen lassen, suchte aber, als er sah, daß im Hildesheimschen keine Arbeit zu finden war, das Weite. Bis auf kleine Reste wurden diese Arbeiter abgeschoben. Als die Krise stieg und die Arbeitslosigkeit sich vermehrte, wandten sich auch die heimischen Arbeiter gegen die Beschäftigung von Ausländern. In Plauen beschwerten sich die ansässigen Bauarbeiter, daß sie Italienern, Kroaten und Tschechen hintangesetzt würden. In Halle klagten die Bauarbeiter, daß trotz der starken Arbeitslosigkeit der Einheimischen ca. 250 Ausländer am Rathhausbau beschäftigt würden. In Sachsen wandte sich eine Arbeitervereinigung gegen die Beschäftigung von Ausländern bei staatlichen Bauten. Auch Arbeitgeber sprachen sich nach dem Konjunkturumschlag gegen die Verwendung von Ausländern aus. So reichten z. B. die Industriellen der sächsischen Industriebezirke beim Ministerium eine Petition ein, worin beantragt wurde, die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in staatlichen und privaten Betrieben Sachsens ganz zu verbieten. Auch Gemeindevertretungen befaßten sich mit der Frage. In einer Leipziger Stadtverordneten-Sitzung wurde die Ausweisung aller arbeitslosen Ausländer aus dem sächsischen Gebiet gefordert. Eine Reihe thüringischer Gemeinden ersuchte die Reichsregierung um ein Verbot der Masseneinwanderung tschechischer und polnischer Land- und Industriearbeiter nach Deutschland. Daß von Arbeitgeberseite gegen die Versuche der Verdrängung der ausländischen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte Widerspruch erhoben wurde, erscheint natürlich. Industrielle und Vereinigungen von Arbeitgebern in Pommern, Sachsen und Thüringen petitionirten für die weitestgehende Zulassung von Ausländern. Die staatlichen Behörden nahmen zu der ganzen Frage weder eine feste noch eine einheitliche Stellung ein, sondern suchten beide Theile zu befriedigen. In einer Reihe von Bezirken verwies man die arbeitslosen Ausländer kurzer Hand des Landes. So wurden sämmtliche in den Dessauer Staatsbetrieben beschäftigten tschechischen Arbeiter ausgewiesen. In Halle wurden zahlreiche italienische Arbeiter abgeschoben. Aus Schweidnitz wurden 85 Kroaten an die österreichische Grenze befördert. Und in Liegnitz erhielten sämmtliche in großer Anzahl beschäftigte tschechischen Arbeiter im April 1902 den Landesverweis. Vielfach wurden die Baubehörden angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß bei den staatlichen Bauten nur heimische Arbeitskräfte beschäftigt wurden. In Sachsen wurde den mit der Ausführung staatlicher Bauten betrauten Unternehmern zur Pflicht gemacht, einheimische Arbeiter, die infolge Arbeitsmangels unbeschäftigt sind und die sich um Arbeit bewerben, vorzugsweise zu beschäftigen und überhaupt deutsche Reichsangehörige vor Reichsausländern zu berücksichtigen. In Oberschlesien mischten sich sogar die Behörden in die Dispositionen einzelner Werks-Verwaltungen. Nach der Tagespresse wurden „auf Anrathen von höherer Stelle" 800 ausländische Arbeiter der Laurahütte und 130 der Huldschinskyschen Werke Anfang 1902 entlassen. Alle diese Maßregeln waren aber so vereinzelt, daß sie nicht im Mindesten mehr als einen lokalen Zweck erreichten. Ganz im Gegentheil. Noch selten war im Frühjahr der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte so stark wie 1902. Namentlich von Italien aus wurde der deutsche Arbeitsmarkt überschwemmt. Der Zuzug setzte Anfang März ein. An einzelnen Tagen kamen bis zu 2000 Personen. Mitte April wurde die Zahl der über Konstanz nach Deutschland gekommenen Italiener schon auf mehr als 20 000 angegeben. Die Klagen über die erhöhte Verwendung von ausländischen Arbeitskräften verstummten daher nicht, sondern nahmen in verschiedenen Gegenden noch zu. Trotz der großen Arbeitslosigkeit in Berlin wurden z. B. beim Bau des Teltowkanals zahlreiche Ausländer eingestellt. Bei Erdarbeiten, Bauten, in der Ziegelei Süddeutschlands verdrängten die Ausländer die einheimischen Arbeitskräfte noch weiter. Aus dieser Darstellung der thatsächlichen Verhältnisse ergiebt sich, wie verkehrt bisher die vereinzelten Maßnahmen gegen ausländische Arbeiter waren. Sie charakterisirten sich als Härten gegen Einzelne, ohne daß dem deutschen Arbeitsmarkt dadurch irgendwie ein Vortheil entstanden wäre. Denn bei der Fortdauer des starken Zuzugs, namentlich aus dem Süden, war gar nicht daran zu denken, daß die recht schädliche Konkurrenz der billigen ausländischen Arbeitskräfte durch partielle Abschiebungen auch nur im Mindesten abgeschwächt werden konnte.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Arbeit haben sämmtliche Mechaniker, Uhrmacher und Hilfsarbeiter der Elektrotechnischen Anstalt Gans und Goldschmidt in Berlin niedergelegt. Anlaß dazu gab die Ablehnung der Forderung eines Minimallohnes und dessen Bewilligung auch für Akkordarbeiten. Einigungsverhandlungen blieben ohne Erfolg. Die Arbeiter haben auch Klagen über die sehr ungenügenden maschinellen Einrichtungen und das Fehlen nothwendigster Werkzeuge erhoben. — Wegen Lohndifferenzen legten am Donnerstag sämmtliche 22 Weber der Firma Heinrich in Forst die Arbeit nieder.

Eine Konsum-Schlächterei, die hauptsächlich auf Arbeiterkundschaft rechnet und nur organisirte Schlächtergesellen beschäftigt, ist am 1. d. Mts. in Rummelsburg bei Berlin begründet worden.

Ein zweites Arbeiter-Sekretariat in Oberschlesien sollte nach den „Informationen" bürgerlicher Blätter errichtet werden und zwar in Kattowitz. Als Leiterin des Bureaus sollte die Genossin Dr. Rosa Luxemburg in Aussicht genommen sein. Diese Nachricht ist auch in verschiedene Parteiblätter übergegangen, so den „Lüb. Volksb." Die „Bresl. Volkswacht" ist in der Lage, festzustellen, daß die Nachricht auf Erfindung beruht. Ebenso unrichtig ist, daß Genossin Luxemburg an der Redaktion der „Gazeta Robotnicza" mitarbeiten wolle.

Eine Arbeitslosenversammlung, die von 2000 Personen besucht war, fand in Leipzig statt. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Stadtbehörden um schleunigste Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten ersucht werden.

Eine erfolglose Haussuchung wurde in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" vorgenommen. Man suchte nach einem Manuskript der „Altenburger Volkszeitung", die dort gedruckt wird.

Der Palmsonntag gehört nicht zur Karwoche und es finden auf ihn nicht die Bestimmungen der Verordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage Anwendung, die Vergnügungen „in der Karwoche" ausschließen wollen. So hat das Kammergericht entschieden und den Vorsitzenden des Maler-Gesangvereins in Kiel freigesprochen, der wegen Veranstaltung eines Vereinsvergnügens am Palmsonntag auf Grund der Verfrommungsverordnung für Schleswig-Holstein angeklagt worden war.

Sind Besprechungen von Streikangelegenheiten einer einzelnen Fabrik zu öffentlichen Angelegenheiten zu rechnen? Mit dieser Frage hatte sich dieser Tage das Rixdorfer Schöffengericht zu beschäftigen. Im November v. J. war in der Fahrradfabrik von Rothmann in Rixdorf ein Streik ausgebrochen. Um über die Angelegenheit klar zu werden und die einzelnen Punkte der Forderungen festzusetzen, fand in dem Lokal von Kupsch eine Besprechung der streikenden Arbeiter statt, in welcher der Restaurateur Alex Pagels, welcher Vorsitzender des Bezirksvereins der Metallarbeiter ist, als Redner auftrat. Diese Besprechung war der Polizei nicht gemeldet worden. Es erhielten der Restaurateur Ernst Kupsch und Alex Pagels je ein Strafmandat von 15 Mark, weil sie gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben sollten. Hiergegen erhoben beide Widerspruch. Sie bestritten, sich strafbar gemacht zu haben, weil sie nicht verpflichtet gewesen seien, die Besprechung polizeilich anzumelden. Es habe sich nicht um eine Versammlung im Sinne des Gesetzes gehandelt, sondern nur um eine Zusammenkunft einiger Arbeiter, in der nur Werkstatt-Angelegenheiten besprochen worden wären. Der Amtsanwalt aber vertrat die Ansicht, daß jede Streikangelegenheit zu den öffentlichen Angelegenheiten zu rechnen sei. Er beantragte die Bestätigung des Strafmandats. Der Vertheidiger der Angeklagten wies auf eine Reichsgerichts-Entscheidung hin, nach der eine Besprechung eines partiellen Streiks nicht als öffentliche Angelegenheit zu erachten ist. Er bestritt auch, daß die Oeffentlichkeit ein Interesse daran habe, was in Rixdorf in der Rothmannschen Fabrik passiere und er beantragte die Freisprechung. Das Gericht schloß sich ganz dieser Ausführung an, indem es beide Angeklagte freisprach.

Streikvergehen. Aus Anlaß eines Streiks, der vor einiger Zeit in einer Fabrik in Barmen stattgefunden hat, waren dieser Tage 11 Arbeiter vor das dortige Schöffengericht zitiert, weil sie sich gegen Streikbrecher vergangen haben sollten. Die Polizei scheint hier wieder mit übergroßem Eifer zu Werke gegangen zu sein, denn von den 11 Angeklagten wurden 7, gegen die nichts vorlag, freigesprochen, während zwei andere mit Geldstrafen von je 5 Mark davonkamen. Zwei Sachen wurden vertagt. — Ein Maurer, der vor demselben Gericht wegen Beleidigung und Bedrohung Arbeitswilliger angeklagt war, erhielt dagegen eine schwere Strafe. Ihm wurden 3 Monate Gefängniß auferlegt.

Der Gesetzentwurf über Kaufmannsgerichte, der nach Ansicht der Regierung schon am 1. April ds. Js. in Kraft treten soll, beschäftigte dieser Tage eine sehr zahlreich besuchte Versammlung, die von Angehörigen aller Handlungsgehilfenverbände besucht war. Das Referat hatte Richard Döring, der eingehend den Gesetzentwurf erörterte

Der einzige Zeuge.

Kriminalnovelle von Friedrich Thieme.

6. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Botho entgegnete kleinlaut, er habe gehofft, bei ihm Trost und Ermuthigung zu finden. Er sei unschuldig, so wahr ein Gott über ihm lebe, und Recht müsse doch Recht bleiben!

Der alte Jurist schüttelte den Kopf.

„Ich für meine Person glaube Ihnen, Herr Baron, ich kenne Sie von Kindheit auf, und wenn Sie es auch weiland ein wenig toll getrieben haben, so weiß ich doch, daß Sie einer unwürdigen Handlung nicht fähig sind. So schwer es anzunehmen ist, und so wenig die Motive durchsichtig sind, so kann doch nur ein Schurkenstreich vorliegen — aber wenn das der Fall ist, so ist es ein so seltener und raffinirter, daß es selbst mir alten erfahrenen Praktikus Mühe kostet, daran zu glauben. Die Anklage erscheint so natürlich und durch Ihre zerrütteten Verhältnisse unterstützt, daß Ihre Unbescholtenheit und Ihr Charakter gar nicht ins Gewicht fallen. Niemand wird Ihnen und Jedermann Ihrem Ankläger glauben."

„Entsetzlich!" rief der Baron erschüttert. „Was soll ich nur thun?"

„Sie haben gar keine Zeugen außer Ihrer Gemahlin?"

„Gar keine."

„Und diese hat alles nur aus Ihrem Munde?"

„Ja."

„Dann ist der Coup von der anderen Seite so wohl vorbereitet worden, daß hier nur Behauptung gegen Behauptung steht. Nur mit dem Unterschiede, daß Gisbert in der Lage ist, seine Behauptung mit einem Eide zu bekräftigen, während Sie als Angeklagter nur auf Betheuerungen angewiesen sind — auf Betheuerungen, denen man schwerlich Beachtung schenkt."

„Aber ich bin doch unschuldig —"

„Wenn auch — Sie haben früher ein leichtsinniges Leben geführt — Ihr Gut ist tief verschuldet — Sie wollten heirathen — Sie brauchten unbedingt Geld — Sie vermögen auch nicht einen einzigen Beweis für die Wahrheit Ihrer Angaben beizubringen. Auf der anderen Seite: Gisbert ist ein reicher Mann — niemand kann ihm etwas nachsagen — zu welchem Zwecke sollte er die Gefahr einer schweren Strafe über sein Haupt heraufbeschwören? Dazu die Ungereimtheit Ihrer Darstellung an sich — es kommt ganz darauf an, was die Schriftvergleicher bezüglich des Ursprungs der Unterschriften sagen."

„So viel ich vernommen, sind ihre Begutachtungen gegen mich ausgefallen."

„Gegen Sie?" Der Anwalt sprang ordentlich bestürzt von seinem Stuhle auf. „Und Sie — Sie haben sich wirklich nicht —"

Ein Blick des Barons ließ den alten Mann innehalten. „Verzeihen Sie", fuhr er fort, „ich bin Ihr Berather und Freund — wenn ich Ihnen nützen soll, muß ich Wahrheit haben! Ich glaube Ihnen ja — ich bin überzeugt, Sie würden mich nicht betrügen. Ich gebe sonst nicht sehr viel auf Schriftvergleichung, aber in diesem Falle erlangt sie eine fast entscheidende Bedeutung. Wenn nur wenigstens ein einziger Sachverständiger sich für Sie ausgesprochen hätte!"

Der Baron stöhnte laut.

„Mein Gott, Herr Doktor, was in aller Welt soll denn aus mir werden? Sie wollen doch nicht behaupten, daß man mich, der ich mich so frei von jeder Schuld weiß, als Verbrecher verurtheilen und unschuldig in's Zuchthaus schicken wird? O mein Gott, das könnte ich ja nicht ertragen! Mein ehrlicher Name, mein Weib, meine Schwester! Giebt es denn keine Möglichkeit, mich zu reinigen, den Verdacht zu entkräften?"

Rechtsanwalt Gleißner ging einige Male aufgeregt auf und ab. Plötzlich blieb er vor dem jungen Manne stehen, blickte ihm einige Augenblicke scharf in die Augen, ergriff dann seine Hand und sagte leise:

„Lieber Herr Baron, behalten Sie vor allem den Kopf oben! Was in meiner Macht steht, werde ich für Sie thun. Doch frevelhaft wäre es von mir, Ihnen den Ernst der Situation zu verhehlen. Es ist dies einer jener Fälle, in welchen die Kunst und der Scharfsinn des Juristen, des Detektivs versagen — nur ein Wunder oder ein wunderbarer Zufall kann hier Rettung und Hilfe zu spenden. Ich habe mehrere derartige Strafprozesse erlebt, es sind die traurigsten, die ich kenne. Für die Anklage wird der volle juristische Beweis erbracht, und doch hegt man im Herzen die Ueberzeugung, daß dem Verurtheilten Unrecht geschieht — aber nur der Zufall, oder wenn Sie wollen, Gott, kann eine Wendung herbeiführen!"

Botho erhob sich seufzend.

„So bringe ich meiner lieben Frau eine schlimme Botschaft nach Hause," sprach er mit düsterer Miene. „Ihre Auskunft, Herr Doktor, ist so unheilverkündend wie Dantes Hölleninschrift."

„Und doch dürfen Sie nicht verzagen," rief der alte Herr voll Eifer. „Kämpfen, Herr Baron, kämpfen voll Muth und Kraft! Würden Sie sich nicht als Feigling erscheinen, wenn Sie in der Schlacht gegen eine Uebermacht fechtend, den Untergang voraussehend, sich jämmerlich heulend versteckten? Ich bin gewiß, Sie würden voll Muth und Stolz in den Tod gehen! Nun, machen Sie es hier ebenso — kämpfen Sie im Bewußtsein Ihrer Unschuld bis zum Ende, verlieren Sie die Hoffnung nicht, denn Sie verlieren sich selbst damit. Ich werde Ihnen treulich zur Seite stehen!"

Baron Botho kehrte hierauf ungesäumt nach Hohfart zurück. Als er von Ferne sein väterliches Erbe auftauchen sah, floß eine heiße Thräne über seine Wange — hastig trocknete er sie ab und suchte seinem Gesicht einen festen

und die hohe Bedeutung der Kaufmannsgerichte vor Allem in der schnellen Erledigung der Streitigkeiten und in der wesentlichen Herabsetzung der Kosten sah. Die von den Handlungsgehilfen gewünschten Abänderungen des Entwurfs wurden näher begründet. Nach kurzer Debatte wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 16. Januar 1903 bei Buggenhagen tagende Versammlung giebt ihrer Freude und ihrem Dank Ausdruck darüber, daß sich die Regierung entschlossen hat, die Bestimmungen über Errichtung und Zusammensetzung der Kaufmannsgerichte eng an das Gewerbegerichtsgesetz anzuschließen. Die Versammlung giebt aber gleichzeitig der Erwartung Ausdruck, daß der Reichstag folgende Abänderung am Regierungsentwurf vornehmen möge: Zu § 2. Als Handlungsgehilfen und Lehrlinge im Sinne dieses Gesetzes gelten ohne Unterschied des Gehaltes diejenigen Handelsangestellten, auf die der sechste Abschnitt im ersten Buche des Handelsgesetzes Anwendung findet. Zu § 3. Die Kaufmannsgerichte sind auch zuständig für Streitigkeiten bei einer Konventionalstrafe oder Konkurrenzklausel oder beide mit einander verbunden, die für den Fall bedungen sind, daß der Handlungsgehilfe nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein solches bei anderen Prinzipalen eingeht, oder ein eigenes Geschäft errichtet. Zu § 4. Vereinbarungen, durch die der Entscheidung des Kaufmannsgerichtes Streitigkeiten, die seiner Zuständigkeit unterliegen, entzogen werden, sind nichtig. Zu §9. Zum Mitgliede eines Kaufmannsgerichts soll berufen werden, wer das 25 Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen, oder die empfangene Armenunterstützung zurückerstattet hat, und in dem Bezirk des Gerichtes seit mindestens einem Jahre wohnt oder beschäftigt ist. Zu § 10. Zur Theilnahme an den Wahlen ist berechtigt, wer das 21. Lebensjahr vollendet und im Bezirk des Gerichtes Wohnung oder Beschäftigung hat. Zu § 13. Die Berufung gegen die Entscheidung der Kaufmannsgerichte ist nur zulässig, wenn der Werth des Streitgegenstandes den Betrag von 500 Mark übersteigt. Zu § 14. Das Kaufmannsgericht kann bei Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Handlungsgehilfen oder Lehrlingen über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden. Auf die Zusammensetzung und das Verfahren des Einigungsamtes finden die Bestimmungen der §§ 61 bis 69 des Gewerbegerichtsgesetzes entsprechende Anwendung.

Eine erhebliche Strafherabsetzung erlangte der Genosse Haack in Dresden vor dem Landgericht Bautzen als Berufungsinstanz. Haack war seiner Zeit vom Schöffengericht wegen Beleidigung einer Wagenbaufirma zu 500 Mk. Geldstrafe worden. Er hatte in einer Versammlung das Verfahren der Firma bei der Ausführung staatlicher Aufträge kritisirt und dabei Thatsachen mitgetheilt, die das Verfahren bei Herstellung von Eisenbahnwagen mindestens sehr verdächtig erscheinen ließen. Diese Thatsachen wurden auch vor Gericht erwiesen. Aber weil Haack nach der Anklage der Firma auf Grund dieser Thatsachen unlautere Motive unterstellt haben soll, deshalb wurde er zu der hohen Strafe verurtheilt. Die Beweisaufnahme vor dem Berufungsgericht ergab wesentlich dasselbe Bild wie in der ersten Instanz. Das Berufungsgericht sah wenigstens als erwiesen an, daß bei dem Bau der Eisenbahnwagen Vorgänge beobachtet worden seien, die den Anschein erweckt hätten, als sei nicht alles in Ordnung. Aber trotzdem sei alles in Ordnung gewesen. Haack wurde zu 200 Mk. Geldstrafe verurtheilt, so daß die ursprüngliche Strafe um 300 Mk. ermäßigt ist.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Buchdrucker Louis Hetz von Sonneberg wurde am 11. Oktober v. J. von einem Gendarm in einer unterfränkischen Ortschaft beim Betteln ertappt und verhaftet. In seinem Aerger über sein Pech erging er sich in Schmähungen gegen den Gesetzeswächter und ließ dabei auch einige kräftige Aeußerungen über Wilhelm II. und dessen Essener Rede mit einfließen. Vom Landgericht Schweinfurt wurde er deshalb zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Ein sauberer Arzt. Wegen thätlicher Beleidigung ist am 14. August v. J. von der Strafkammer in Rosenberg (Westpr.) der praktische Arzt Dr. med. Isidor Kalenscher in Bischofswerder (Westpr.) zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die 17jährige Dienstmagd Anna K. hatte sich von ihm wegen eines angeblichen Lungenleidens untersuchen lassen. Nach Beendigung der Untersuchung, die ein Ergebniß nicht gehabt hatte, machte der Angeklagte einen Angriff auf die Geschlechtsehre des Mädchens, welches sich dagegen sträubte. Das Mädchen erzählte den Vorfall ihrer Mutter und beide stellten Strafantrag. Schließlich ließ sich aber die Mutter bereit finden, den Antrag zurückzunehmen, wogegen ihr der Angeklagte 350 Mark zahlte. Das Vormundschaftsgericht bestellte nun aber dem Mädchen einen Pfleger und dieser erneuerte den Strafantrag. Das Gericht erachtete denselben für rechtswirksam und erkannte wie oben angegeben. — Das Urtheil focht der Angeklagte durch Revision an. Sein Vertheidiger beantragte Einstellung des Verfahrens, da die Strafthat dem Richter entzogen sei, wenn der Strafantragberechtigte den Strafantrag zurückgenommen habe. Der Reichsanwalt beantragte dagegen die Verwerfung der Revision. Das Reichsgericht entschied jedoch nicht in diesem Sinne. Es erkannte auf Aufhebung des Urtheils und stellte das Verfahren als unzulässig ein. Zur Begründung wurde ausgeführt: Die Mutter konnte den Strafantrag rechtsgiltig zurücknehmen, so lange sie die gesetzliche Vorsteherin ihrer Tochter war. Danach konnte weder von ihr noch von ihrem Nachfolger in der Vormundschaft der Strafantrag erneuert werden. — Sonach hat es der Angeklagte einem glücklichen Umstande zu danken, daß er lediglich mit einem Geldopfer von 350 Mark davongekommen ist.

Der Kaiser als Protektor der freien Liebe gewünscht. Welche Bittgesuche an den Kaiser mitunter gesandt werden, erhellt u. a. aus folgendem: Als der Monarch kürzlich zum Jagdbesuche in Springe weilte, wurde ihm, der „Deutsch. Tagesztg." zufolge, ein Gesuch übergeben, das nichts weniger enthielt, als die Bitte, der Kaiser möge dem Reichstage einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der die Einführung der — freien Liebe fordert.

Was sich für einen Landrath nicht schickt. Der preußische Minister des Innern hatte, wie die „Automobil-Welt" berichtet, einem Landrath, der sich an Stelle seines ihm zustehenden Wagens ein Automobil anschaffen wollte, auf die vorsichtige Anfrage antworten lassen, daß der Herr Minister durch Erlaß vom 6. November 1902 dahin Entscheidung getroffen hat, daß ein Selbstfahrer zur Zeit als ein für einen Landrath angemessenes Dienstfuhrwerk nicht zu erachten sei, zumal ein solcher erfahrungsgemäß leichter Unfälle herbeiführe als ein Pferdegespann. — Mit der Verwendung von Selbstfahrern in der Armee steht diese Anschauung des Ministers nicht recht im Einklang.

Eine furchtbare Heimreise hat der Hamburger Petroleumdampfer „August Korff" gehabt, der jetzt endlich eingelaufen ist. Mitte November ging der Dampfer mit einer Ladung Naphtha und Petroleum von Philadelphia nach Nordenhamm ab. Am 29. November brach über das Schiff ein furchtbarer Südweststurm herein, der das Steuer wegriß, so daß es lenkungsunfähig wurde. Die Wellen brachen andauernd über Deck sodaß der Kapitän, um das Schiff höher zu bringen, 2800 Tons Naphtha und Petroleum aus den Tanks in die See pumpen ließ, ein sehr gefährliches Experiment, da die Gase leicht durch die Funken der Maschinenheizung entzündet werden konnten. Mittlerweile ging dem nur für eine kurze Fahrt eingerichteten Schiffe der Proviant aus. Die Mannschaft wurde auf kleine Rationen gesetzt. Am 4. Dezember gelangte der englische Dampfer „Philadelphia" in Sicht, und man glaubte sich gerettet. Bei den Schleppversuchen litt dieser aber selbst an der Maschine Schaden und mußte von der Rettungsarbeit abstehen. Am 7. Dezember traf man den englischen Dampfer „Albuera". Dieser versuchte, den „August Korff" zu schleppen; bei dem Sturm gingen ihm aber bald die Kohlen aus, so daß er ebenfalls das steuerlose Schiff sich selbst überlassen mußte. Am 11. Dezember nahte wieder Hülfe durch den englischen Viehtransportdampfer „Acacia". Das Schiff gab an den „August Korff" etwas Proviant ab, konnte aber das Ende des Sturmes nicht abwarten, um dem Tankdampfer helfen zu können, weil sonst seine Viehfuttervorräthe nicht ausgereicht hätten. Der „August Korff" trieb nun wieder acht Tage hilflos umher, bis ihn endlich bei günstigerem Wetter der englische Petroleumdampfer „Snooflaack" traf, der das Schiff im Schlepptau nach Falmouth brachte. Nachdem sich die Mannschaft von den schrecklichen Strapazen dort erholt hatte, wurde der Dampfer durch Schlepper erst nach Nordenham und dann nach Hamburg gebracht. In seemännischen Kreisen bezeichnet man die Bergung des steuerlosen Schiffes ohne Verlust auch eines Matrosen als eine Leistung ersten Ranges.

Ein deutscher Satz mit allen Buchstaben. Die Redaktion der „Wiener Allgemeinen Sportzeitung" hatte in der ersten Nummer ihres neuen Jahrgangs ein Preisausschreiben erlassen. Im Englischen giebt es einen Satz, der einfach aussieht und gewöhnlich klingt, sich aber dadurch auszeichnet, daß er sämmtliche Buchstaben des englischen Alphabets enthält und zwar jeden Konsonanten nur einmal. Er lautet:

„Pack my box with five dozen liqueur jugs."
(Packe meinen Koffer mit fünf Dutzend Liqueurkrügen).

Der Wunsch der „Allgemeinen Sportzeitung" ging nun dahin, die deutsche Sprache mit einem Satz bereichert zu sehen, der die gleichen Eigenschaften wie der englische hat, und zwar sollte es ein vernünftiger, korrekter deutscher, grammatikalisch tadelloser Satz sein. Den Bewerbern war es freigestellt, die wenig gebrauchten Buchstaben x und y fortzulassen. Die Konkurrenz um die 300 Kronen gestaltete sich sehr lebhaft, — zumal keine engere Wahl unter den Satzfindern in Aussicht genommen war, sondern dem, der zuerst die Aufgabe befriedigend löse, der Preis zufallen sollte — zahlreiche Köpfe arbeiteten angestrengt an der Lösung des Problems und schon am 11. Januar konnte die genannte Zeitung ihren Lesern verkünden, daß es sogar mehrfach gelungen sei, das Alphabet in einem Satz zusammenzudrängen. Der preisgekrönte Satz lief bereits am 6. Januar ein. Er lautet:

„Vor Jux, Gezech wie Tabak, empfand sie Qual."

Ein zweiter Satz, der allen Anforderungen genügte, und der zudem einfach und gefälliger klingt und weniger die Mühen der Konstruktion verräth, wurde am 9. Januar eingeliefert:

„Kaufen Sie jede Woche vier gute, bequeme Pelze."

Im Ganzen waren 30 Lösungen eingelaufen, von denen die meisten freilich den gestellten Bedingungen nicht entsprachen.

Ein Baum „für Alles". Wenn wir uns so eine rechte Vorstellung machen wollen von dem Ueberschwang, mit dem Mutter Natur in den Tropen und auch in den südtropischen Gebieten ihre Gebilde beschenkt, so kann man unter vielen anderen Beispielen einmal die Kokospalme (Cocos nucifera) herausgreifen, die sich in etwa 30 Arten über Brasilien, die Küsten der östlichen Erdhälfte, die Küsten des tropischen Amerika, über Polynesien, Ceylon, zum Theil auch die Küsten von Afrika verbreitet. Bekannt sind die Kokosnüsse, deren Saft, so lange die Frucht unreif ist, ein erfrischendes Getränk bildet. Die Kokosfasern und die daraus bereiteten Gewebe, Matten 2c. sind ein Handelsartikel durch die ganze Welt. Das Eiweiß junger Nüsse wird zu verschiedenen Speisen verwendet, die reife Nuß giebt zerquetscht, gerieben, gekocht verschiedene Gerichte, auch Brennöl und Oel für Toiletteartikel. Die Blattsprossen liefern Palmkohl. Aus den sechs Meter langen Blättern werden Dachdecken und Körbe geflochten. Alte trockene Blätter dienen als Fackeln, aus den Nußschalen werden verschiedene Geräthe geschnitzt. Der Saft der abgeschnittenen Kolben giebt Toddy, Arrak, Zucker, guten Essig. Aus der rauhen Faserhülle der Nüsse verfertigt man Hüte, Seile, Bürsten. Der Stamm liefert gutes Nutzholz, eine Art Gummi, Kohle. Aus dem Marke einer Kokosart bereitet man in Brasilien Stärkemehl und Brod, andere Arten wieder erzeugen ein butterähnliches Oel und liefern süßen Saft zu einem berauschenden Getränk. Es ist daher nur begreiflich, daß der Mensch diesen kostbaren Baum nach Vermögen schützt und daß er es freudig begrüßt, wenn er ihn irgendwo antrifft.

Ausdruck aufzuprägen. Das Rittergut Holzfurt, so genannt wegen seiner gegen das ebene Terrain rund umher nicht unbeträchtlich erhöhten Lage bildete einen großen Gebäudekomplex inmitten ausgedehnter Ländereien; an der einen Seite begrenzte es ein großer schattiger Park mit prächtigen alten Eichen und Buchen. Das Herrenhaus, ein zweistöckiges, langes Gebäude mit grünen Jalousien, lag reizend inmitten des Saatgartens und besaß nach Westen hinaus eine luftige Veranda mit einer köstlichen Aussicht auf die nicht gerade pittoreske, aber immerhin der Anmuth nicht entbehrende Gegend.

Als der Baron in den Garten trat, begegnete er seiner jungen Gattin, die, von Unruhe und Angst getrieben, das Haus verlassen hatte, um nach ihm auszuschauen.

Adelheid von Follmar bot, wie sie mit leicht gesenktem Haupt unter dem grünen Laub der Obstbäume dahinschritt, einen bezaubernden Anblick. Anmuth und Würde zugleich vereinigte sich in ihrer schlanken ebenmäßigen Gestalt. Sie war nicht mehr allzu jung, eine voll erblühte Blume in jenem Zustande der Entfaltung, wo uns die duftige Rose am stolzesten und herzlichsten erscheint. Sicherlich hatte sie ihr 25. Jahr bereits überschritten oder war wenigstens nicht mehr weit von demselben entfernt, aber dieser Umstand fügte zur Lieblichkeit und Grazie die Reife und Tiefe, sich ausdrückend durch den milden Ernst und die harmonische Heiterkeit ihres Wesens, beides Eigenschaften, welche nur scheinbar Kontraste bilden, in Wahrheit aber fast immer in derselben Seele ihre Wohnstätte haben. Jeder Zug des zarten Ovals ihres von einem kastanienbraunen Kranz umrahmten Gesichts war vollendet, ausgebildet, verrieth einen fertigen und zugleich edlen Charakter; von welchem alles Unreife und Flatterhafte abgestreift erschien. Bescheidener Stolz und Gemüthstiefe leuchteten aus den braunen, sanften Augen, die edlen, schlanken graziösen Formen schienen das Produkt eines milden Seelenlichtes. Adelheid Follmar konnte wohl glücklich sein, aber nicht kindlich, neckisch aber ohne kapriziöse Beimischung; sie konnte schmeichlerisch lieb, aber mit der vollen Wahrung der weiblichen Würde. Ihre jungfräulichen Lippen verriethen durch ihre Geschlossenheit, daß sie nicht gewohnt waren, sich zu inhaltlosem Geschwätz zu öffnen; wenn sie sich aber zum Sprechen aufthaten, so machten sie sich zu Mundstücken echt weiblicher, sanfttönender Laute und eines von den edelsten Empfindungen übervollen Herzens.

Ihn erblickend, flog sie ihm mit geöffneten Armen entgegen, preßte ihn hold erglühend mit aller Kraft ihrer Liebe an ihre Brust.

„Gott sei Dank, daß Du wieder da bist, Botho — Du warst so schwermüthig, als Du mich verließest. Was bringst Du für Botschaft?"

Ein tiefer Athemzug gab die unwillkommene Antwort.

„Schlechte?"

„Leider, mein Lieb." Er seufzte tief. „Wenn mein Anwalt nicht zu schwarz sieht, Adeli, so werde ich bald in den Augen der Menschen aufhören, ein Ehrenmann zu sein(" „Wie? Die Bosheit und Nichtswürdigkeit sollte triumphiren über das edelste Recht, die heiligste Unschuld?"

„Es scheint so," versetzte er kleinlaut.

„Erzähle mir alles, Botho," rief sie mit vor Stolz und Entrüstung blitzenden Augen, „ich bin stark genug, es zu hören."

Botho erfüllte bereitwillig ihren Wunsch. Sie war eine starke Seele, und er gewohnt, ihrem Einflusse sich zu überlassen, außerdem bedurfte sie der Vorbereitung — schlimme Ahnungen erfüllten seine Seele. Langsam schritten beide Seite an Seite auf den sandbestreuten Gängen dahin — der Regen hatte aufgehört und durch die sich zerstreuenden Wolken blitzte an verschiedenen Stellen der blaue Himmel.

„Und sollte es wirklich so ganz und gar keine Hilfe geben?" flüsterte Adelheid mit bebenden Lippen. „Nein, Botho, das kann der Himmel nicht wollen, es muß eine Möglichkeit der Aufklärung vorhanden sein, ich kann die Hoffnung noch nicht aus meinem Herzen bannen. Ein Mann wie Du, kann nicht wie ein Verbrecher hinter Gefängnißmauern enden mit dem Bewußtsein seiner Unschuld in der Brust!"

„Und doch wäre ich nicht der Erste, dem dieses Loos beschieden."

„Laß uns Vertrauen hegen, Botho — vor allem, laß uns muthig und stark sein. Keine furchtsame Verzagtheit, die nur niederbeugt, oder unser Spiel ist schon halb verloren. Enthülle Emma nichts von Deinen Neuigkeiten, Botho, sie hat gestern den ganzen Tag geweint — das Kind ist so erregbar."

„Erfahren muß sie indessen —"

Der Baron hielt inne. Hastige, kräftige Schritte wurden hinter ihnen vernehmbar. Sich umschauend, erkannte er den Assessor von Kronack. Botho zog die Augenbrauen zusammen, er war in diesem Augenblick nicht für Besuch gestimmt. Trotzdem blieb er stehen, den sonst so gern gesehener Gast freundlich empfangend.

Der Assessor zeigte in seinem Benehmen, seinen Bewegungen, seinem Antlitz deutliche Spuren heftiger Alteration.

„Herr Baron, ist es denn wahr," brach er nach den ersten Begrüßungsworten sofort los, „hat mein Onkel es gewagt?"

„Sie wissen also davon?"

„Ich hörte es gestern Abend und eilte heute Morgen sofort hier heraus, um Ihnen die Hand zu drücken, Ihnen zu sagen, daß Sie für mich nach wie vor der Ehrenmann bleiben, als den ich Sie von jeher achtete und schätzte. Ich habe mich nie mit meinem Onkel verstanden, wir sind ethische, moralische, politische und was weiß ich noch, für Antipoden, aber einen solchen Schurkenstreich hätte ich ihm nicht zugetraut."

„So glauben Sie an einen Schurkenstreich?"

„Mit heiliger Ueberzeugung, Herr Baron — ich beklage nur bitter, daß ich nicht vermögend genug bin, Ihnen die Summe, deren Sie bedürfen um die angeblich gefälschten Papiere zu decken, vorzustrecken."

„Das hätte jetzt keinen Zweck mehr, Herr Assessor — die Anklage ist einmal erhoben —"

„Ich weiß es wohl — aber wenn es rechtzeitig geschehen wäre —" (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur Otto Friedrich. — Verleger Theodor Schwartz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck